

Wahlbericht zur Bundestagswahl 2017

Zur Vorlage im Parteivorstand der LINKEN

Korrigierte & leicht überarbeitete Fassung

27.9.2017, korr. 4.6.2018

Inhaltsverzeichnis

1.	Ergebnisse im Überblick.....	S. 2
2.	Vorwahlsituation.....	S. 4
	Die anderen Parteien vor der Wahl.....	S. 6
3.	Ergebnisse	S.10
	Ost-west-Unterschiede	
4.	LINKE Ergebnisse	S.15
	Regionale Besonderheiten, Wahlkreise	
	Wer wählte DIE LINKE	
	Wahlmotive	
	Wählerwanderung	
	Kompetenz	

Anhang	S.23
---------------------	------

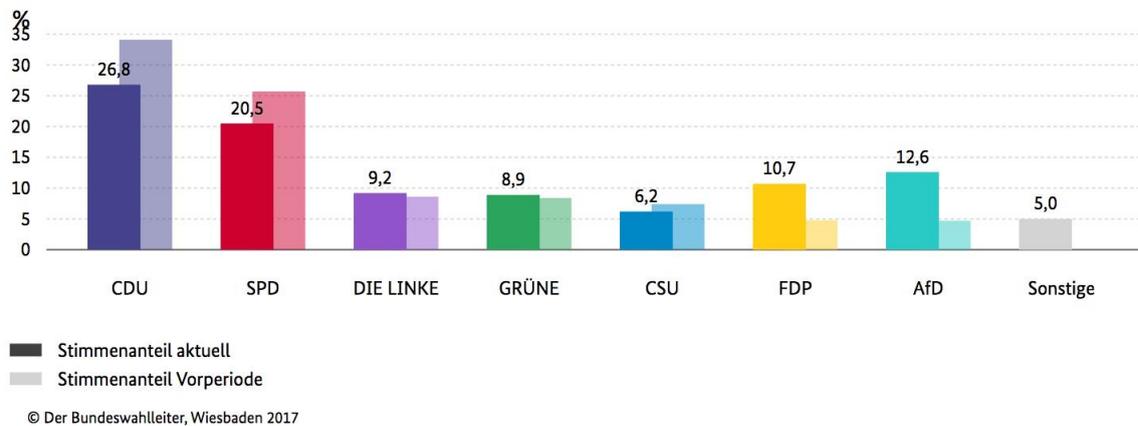
- WK mit herausstechenden Ergebnissen für DIE LINKE
- Überblick Wahlgründe / Soziodemographie andere Parteien

1. Ergebnisse im Überblick

Zweitstimmen

Bundestagswahl 2017, Deutschland

Zwischenergebnis: 25.09.2017 03:40:13 Uhr, 299 von 299 Wahlkreisen ausgezählt



Die **Union** bleibt erwartungsgemäß stärkste Kraft. Aber die bisherige Regierungskoalition verliert erheblich an Stimmen. Die beiden Unionsparteien erreichen 8,6 Punkte weniger als 2013. Sie kommen auf 32,9 Prozent der Zweitstimmen. Das ist das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Die CDU erreicht 26,8 Prozent, 7,4 Punkte weniger als 2013. Die in Bayern antretende CSU kommt bundesweit auf 6,2 Prozent, 1,2 Punkte weniger als 2013.

Die **SPD** verliert zur letzten Bundestagswahl 5,2 Punkte und erreicht mit 20,5 Prozent einen neuen historischen Tiefstand.

Zusammengenommen binden CDU/CSU und SPD nur noch 53,4 Prozent der Zweitstimmen. Das ist der niedrigste Wert in der Geschichte der Bundestagswahl.

DIE **LINKE** erzielt 9,2 Prozent der Zweitstimmen – 0,6 Punkte mehr als vor vier Jahren. Sie gewinnt gut eine halbe Million absolute Stimmen hinzu.

Die **Grünen** erhalten einen Stimmenanteil von 8,9 Prozent, 0,5 Punkte mehr als 2013. Sie bleiben damit nicht hinter der Linkspartei, der AfD und FDP.

Die **FDP** legt gegenüber 2013 um 6,0 Punkte zu und kehrt mit 10,7 Prozent der Zweitstimmen nach vier Jahren wieder in den Bundestag zurück.

Die **AfD** verbessert sich gegenüber 2013 um 7,9 Punkte und wird drittstärkste Kraft. Mit der AfD zieht nach dem PDS-Erfolg von 1990 erstmals wieder eine Partei neu in den Bundestag ein.

Die bundesweite **Wahlbeteiligung** steigt gegenüber 2013 um 4,6 Prozentpunkte auf 76,2 Prozent, einen ähnlich hohen Beteiligungszuwachs gab es zuletzt 1972. Der Anteil der ungültigen Stimmen liegt mit 1,0 Prozent leicht unter dem Niveau der letzten Wahl (1,3 Prozent).

Bundestagswahl 2017

infratest dimap WahlANALYSE

Endergebnis

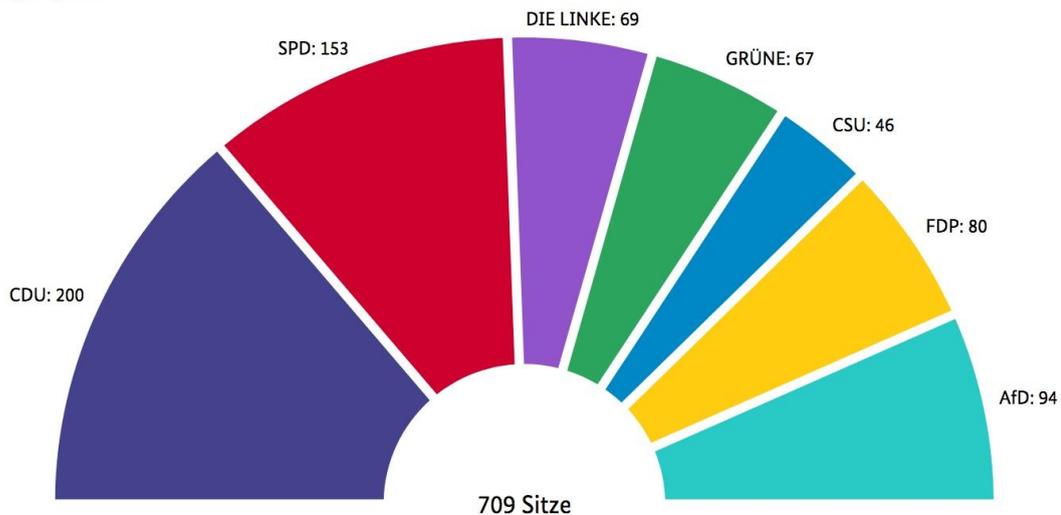
	2017	17-13	2013	2017	17-13	2013
Wahlberechtigte	61.675.529	-271.371	61.946.900			
Nichtwähler	14.701.730	-2.935.245	17.636.975	23,8	-4,6	28,5
Wähler	46.973.799	+2.663.874	44.309.925	76,2	+4,6	71,5
Zweitstimmen						
ungültige	466.942	-116.127	583.069	1,0	-0,3	1,3
gültige	46.506.857	+2.780.001	43.726.856	99,0	+0,3	98,7
Union	15.315.576	-2.849.870	18.165.446	32,9	-8,6	41,5
CDU	12.445.832	-2.476.045	14.921.877	26,8	-7,4	34,1
CSU	2.869.744	-373.825	3.243.569	6,2	-1,2	7,4
SPD	9.538.367	-1.713.848	11.252.215	20,5	-5,2	25,7
Linke	4.296.762	+541.063	3.755.699	9,2	+0,6	8,6
Grüne	4.157.564	+463.507	3.694.057	8,9	+0,5	8,4
FDP	4.997.178	+2.913.645	2.083.533	10,7	+6,0	4,8
AfD	5.877.094	+3.820.109	2.056.985	12,6	+7,9	4,7
Piraten	173.867	-785.310	959.177	0,4	-1,8	2,2
NPD	176.715	-384.113	560.828	0,4	-0,9	1,3
Freie Wähler	463.052	+39.075	423.977	1,0	+0,0	1,0
Tiersch.part.	373.278	+232.912	140.366	0,8	+0,5	0,3
ÖDP	144.772	+17.684	127.088	0,3	+0,0	0,3
Die PARTEI	452.922	+374.248	78.674	1,0	+0,8	0,2
BP	57.952	+557	57.395	0,1	-0,0	0,1
Volksabst.	9.894	-18.760	28.654	0,0	-0,0	0,1
PDV	532	-24.187	24.719	0,0	-0,1	0,1
MLPD	29.928	+5.709	24.219	0,1	+0,0	0,1
BüSo	6.735	-6.079	12.814	0,0	-0,0	0,0
SGP	1.346	-3.218	4.564	0,0	-0,0	0,0
DIE RECHTE	2.070	-175	2.245	0,0	-0,0	0,0
All. Deut. Dem.	41.178	+41.178		0,1	+0,1	
Tierschutzall.	32.218	+32.218		0,1	+0,1	
B*-bergpartei	932	+932		0,0	+0,0	
BGE	97.386	+97.386		0,2	+0,2	
DiB	60.826	+60.826		0,1	+0,1	
DKP	11.713	+11.713		0,0	+0,0	
DM	63.133	+63.133		0,1	+0,1	
Die Grauen	9.874	+9.874		0,0	+0,0	
du	3.018	+3.018		0,0	+0,0	
MG	5.606	+5.606		0,0	+0,0	
Menschl. Welt	11.653	+11.653		0,0	+0,0	
Humanisten	5.989	+5.989		0,0	+0,0	
Ges.forschg.	23.597	+23.597		0,1	+0,1	
V-Partei ³	64.130	+64.130		0,1	+0,1	
	2017 nicht angetreten		274.201			0,6

Größer und fragmentierter: Zusammensetzung des Bundestages

Im Bundestag werden künftig sechs Fraktionen vertreten sein. Er ist damit so fragmentiert wie lange nicht: Sechs Parteien zogen zuletzt 1953 in den Bundestag ein. Der kommende Bundestag verfügt über insgesamt 709 Sitze, 78 mehr als in der vorhergehenden Legislaturperiode. Damit ist der 19. Bundestag zugleich der bislang größte Bundestag. DIE LINKE zieht mit 69 Abgeordneten in den Bundestag ein (namentliche Liste vgl. Anhang).

Sitzverteilung

Bundestagswahl 2017, Deutschland
Vorläufiges Ergebnis



© Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2017

Die bisherige große **Koalition** aus CDU/CSU und SPD käme mit zusammen 399 Sitzen erneut auf eine Mehrheit im Bundestag. Jenseits einer großen Koalition besteht lediglich die Option zur Bildung einer Drei-Parteien-Regierung mit CDU/CSU, FDP und Grünen, die 393 Sitze im Bundestag hätte.

2. Vorwahlsituation: Oberflächliche Zufriedenheit, latenter Frust

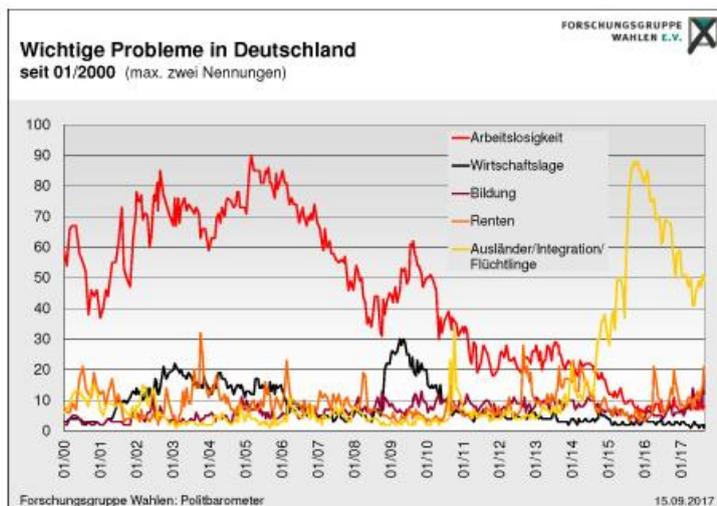
Die große **Koalition** ist am Ende dieser Legislaturperiode ambivalent beurteilt worden: Die eine Hälfte der Befragten äußerte sich positiv zur Arbeit von Schwarz-Rot, die andere Hälfte kritisch (51:49 Prozent). Die CDU wurde im Vergleich der drei Koalitionsparteien am besten bewertet, verlor aber gegenüber 2013 an Zuspruch (-6), ebenso die CSU (deutlich mit -12). 59 Prozent der Bundesbürger bewerteten Politik der SPD in der Großen Koalition negativ. 41 Prozent fanden, sie habe sozialdemokratische Positionen durchgesetzt und nur 18 Prozent gaben an, von der SPD-Politik persönlich profitiert zu haben.

Die mäßige Gesamtbewertung der Großen Koalition stand dabei in deutlichem Kontrast zur Einschätzung der wirtschaftlichen Stimmung. Sie fiel bundesweit so gut aus wie lange nicht: 84 Prozent der Wahlberechtigten bewerteten die „**wirtschaftliche Lage**“ unmittelbar vor der Wahl positiv. Sieben von zehn Bürgern (68 Prozent) machten sich keine Sorgen, dass sie

ihren persönlichen Lebensstandard künftig nicht halten könnten. Bereits im Spätsommer wurde deutlich, dass Wirtschaft und Arbeitslosigkeit auf der Problemagenda im Unterschied zu früheren Wahlen diesmal weiter hinten standen. 2005 gaben das noch 88 Prozent als wichtigstes Problem an, 2017 nur noch 8 Prozent. Eine Mehrheit war auch der Auffassung, dass die Demokratie in Deutschland gut funktioniert.

Aber wie unterschiedlich die wirtschaftliche und politische Gesamtlage erlebt und verarbeitet wird, wurde im Wahlkampf deutlich: Angesichts der zahlreichen Krisen-Erfahrungen artikulierten viele Menschen Zukunftssorgen und Sicherheitsbedürfnisse, die Union und SPD nicht ernst genug genommen haben. Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung im „bedrohten Paradies“ (Rheingold Institute, 2013) hat eine Schattenseite, die Erwartungen an eine bessere Qualität und höhere Leistungsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge geweckt hat. Sie hat den Blick geschärft für eine **ungleiche Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung**: Trotz des guten Konjunktururteils hat sich der Anteil der Bundesbürger, der die deutsche Gesellschaft insgesamt als **ungerecht** bewertet, mit 38 Prozent (gegenüber 2013: 40 Prozent) nicht wesentlich verringert. Insbesondere Geringverdiener und Arbeiter kamen nach wie vor zu einem überwiegend negativen Urteil. Die Reichtumsverteilung in Deutschland wurde mit 79 Prozent sogar gruppenübergreifend von einer deutlichen Mehrheit als sozial ungerecht eingestuft. Und 70 Prozent fürchteten laut Infratest Dimap, dass die Gesellschaft weiter **auseinanderdriftet**. So sorgten sich fast zwei Drittel, dass die Kriminalität massiv zunehmen wird.

In der Langzeitentwicklung als wichtig empfundener Probleme in Deutschland hält die Forschungsgruppe Wahlen fest, dass seit 2014 ein rapider Anstieg des Themenfelds Ausländer/Integration/Flüchtlinge zu beobachten ist. Auch die Rente treibt mehr Menschen um.



Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit

Bereits die nach der Kandidatur von Schulz angestoßene öffentliche Debatte Anfang 2017 um Fragen der sozialen Gerechtigkeit machte deutlich: **konkrete soziale Fragen** wie auch

allgemeine Gerechtigkeitsfragen waren nicht „weg“, sie bewegten viele Menschen. Besonders wenn sie mit einer Chance auf Um- und Durchsetzung verbunden sind. Die Untersuchung von wahlentscheidenden Themen zehn Tage vor der Wahl durch Infratest Dimap signalisierte die besondere Bedeutung von Zukunfts- (Bildung für 64 Prozent, gute Altersvorsorge für 57 Prozent sehr wichtig) und Sicherheitsfragen (innere Sicherheit für 59 Prozent sehr wichtig), aber auch „gute Löhne“ für die bevorstehende Stimmenabgabe. Nach dem Politbarometer aus dem August 2017 waren die **wahlentscheidenden Themen** angeführt von sozialer Gerechtigkeit (45%), Bildung und Schule (45%), Rente und Altersversicherung (42%), Flüchtlinge und Asyl (28%), Wirtschaft (18%) und Kriminalität (17%).

In den offiziellen Wahlformaten spielten die Themen sozialer Gerechtigkeit eine geringere Rolle. Aber diese „**verdeckte Agenda**“, drängte im anderen Wahlkampf, auf den Straßen und in den direkten Gesprächen, an die Oberfläche. Aus dem Publikum der TV-Duelle oder in Veranstaltungen vor Ort wurden die Themen des prekären Alltags aufgebracht: Mietenelend, Pflegenotstand, schlechte Bezahlung, karge Rente, gefühlte und reale Integrationsprobleme, regionale Tristesse (nicht nur im Osten). DIE LINKE versuchte für die soziale Seite der verdrängten Agenda Resonanz zu erzielen. Den Rechten kam allerdings entgegen, dass diese Fragen medial oft als Fragen nationaler Identität und kultureller Zugehörigkeit verhandelt wurden. Der Umgang mit Geflüchteten war eher Anlass und Ausdruck als Ursache. Die Auseinandersetzung um die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wurde insofern vor allem anhand des Umgangs mit der Einwanderung geführt. Kurz vor der Wahl sorgte sich jede_r Zweite, dass der „Einfluss des Islam in Deutschland“ zu stark würde; mehr als ein Drittel der Wähler sagte, dass zu viele Fremde nach Deutschland kämen und ein „Verlust deutscher Sprache und Kultur“ bevorstehe.

Beim Thema Flüchtlinge ist die deutsche Gesellschaft laut Infratest Dimap aber gespalten: Gut die Hälfte der Bundesbürger (54 Prozent) sehen in den Flüchtlingen eine „Bereicherung“ für das Leben in Deutschland, vier von zehn (38 Prozent) nicht. Laut Forschungsgruppe Wahlen nannten 44% der Wähler_innen „Flüchtlinge/Ausländer“ als „wichtigstes Problem“. Dagegen kommen die **sozialen Themen** Rente, soziale Gerechtigkeit und Bildung zusammen aber auch auf 53 Prozent. Ein größerer Konsens besteht nur in der Frage der **Integration**: Acht von zehn (79 Prozent) fordern stärkere Anstrengungen zur Integration der aufgenommenen Flüchtlinge, wobei unklar bleibt, welche Anstrengungen damit gemeint sind.

Die anderen Parteien vor der Wahl

CDU/CSU: Flüchtlingspolitik größere Herausforderung als Schulz

Die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik als wichtigstes Thema der Bundesbürger barg die größten Unwägbarkeiten für die CDU/CSU vor dieser Wahl. Zwar galt die Union bei diesem Thema als kompetenteste Partei und lieferte insbesondere der SPD nur wenig Angriffsfläche. In der Woche vor der Wahl äußern sich nur 45 Prozent der Bundesbürger zufrieden mit der Arbeit der Kanzlerin in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, 55 Prozent dagegen übten Kritik.

Während die Merkel-Position in den Reihen der AfD einhellig abgelehnt wurde, äußerten sich ebenfalls zwei Drittel der FDP-Anhänger negativ.

In der politischen Auseinandersetzung mit der **SPD** verfügte die Union dagegen über klare Vorteile. Ihr fiel es wie am Ende der Merkel-Steinmeier-Koalition grundsätzlich leichter als den mitregierenden Sozialdemokraten, personell wie inhaltlich zu punkten. Trotz ihrer umstrittenen Position in der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik kam der Union erneut ein hohes persönliches **Ansehen von Angela Merkel** zugute. Die Kanzlerin verlor gegenüber 2013 Sympathien, hatte aber den größten Zuspruch im Vergleich zu allen Spitzenkandidaten (64 Prozent). Auch wurde sie dem SPD-Herausforderer wie bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen im Amt klar vorgezogen (52:33 Prozent). Merkel galt im Vergleich zu Schulz nicht nur als führungsstärker (75:15 Prozent) und kompetenter (66:17 Prozent), sondern auch als glaubwürdiger (49:29 Prozent) und sympathischer (48:33 Prozent). Zugleich wurde der Kanzlerin eher als dem früheren EU-Parlamentsvorsitzenden zugetraut, auf dem **außenpolitischen Parkett** die Interessen Deutschlands zu vertreten (68:20 Prozent). Auch in den Kompetenzzuschreibungen sichert sich die Union wiederum Vorteile gegenüber den Sozialdemokraten. Bei der Lösung der **wichtigsten Aufgaben** Deutschlands setzte wie 2013 die Hälfte der Bundesbürger (49 Prozent) auf die Unionsparteien. Insbesondere in der Wirtschafts- (57 Prozent) und Außenpolitik (49 Prozent) wie auch in der Terrorismus- (51 Prozent) und Kriminalitätsbekämpfung (50 Prozent) liegen die Unionsparteien deutlich vor der SPD. Unsicherheiten lieferte für die Union die im guten Konjunkturmilieu veränderte Problemgewichtung in Richtung verbesserter **öffentlicher Daseinsvorsorge** und stärkerer **sozialer Teilhabe**. Themen, die in der Endphase des Wahlkampfes an Bedeutung gewannen (z.B. Pflege: Qualität, Gehälter). Eine Wechselstimmung zugunsten der Sozialdemokraten musste die Union dennoch nicht fürchten. Nicht nur in der Schul- und Bildungspolitik (33:28 Prozent), auch bei der Gesundheitspolitik (32:33 Prozent) und Altersvorsorge (30:32 Prozent) kann sie im Bürgerurteil weitgehend Anschluss zur SPD halten.

SPD: negative Regierungsbilanz, mangelnde Profilierung

Von der mäßigen Bewertung der CDU-Regierungsarbeit konnte die SPD nicht profitieren. Die SPD-Regierungsarbeit stieß nach vier Jahren großer Koalition bei sechs von zehn Wahlberechtigten (59 Prozent) auf Kritik. Ein Grund dürfte darin bestehen, dass die Bürger Defizite bei der Umsetzung **sozialdemokratischer Inhalte** sehen. Der Wahlkampf konnte diesen Eindruck offensichtlich nicht abschwächen.

Entsprechend mäßig fiel die Kompetenzbewertung der SPD vor dieser Wahl auf klassisch sozialdemokratischen Politikfeldern aus. Am deutlichsten wurde dies beim Einsatz für **soziale Gerechtigkeit** (38 Prozent) und für **angemessene Löhne** (41 Prozent), wo die SPD nach vier Jahren Regierungsarbeit jeweils weniger Wahlberechtigte überzeugte als 2013. Der SPD-Anspruch für soziale Verbesserungen wurde anerkannt, **konkrete Pläne** blieben für viele jedoch im Dunkeln. So konnten acht von zehn Wahlberechtigten (80 Prozent) und auch zwei Drittel der SPD-Anhänger (66 Prozent) nicht sagen, was die SPD genau für eine sozial

gerechtere Gesellschaft unternehmen wollte. Im Ergebnis bestand bei vielen der Eindruck, die SPD setze sich nicht mehr genug für „sozial Schwache“ ein (58 Prozent).

Dass die SPD wurde in **Wirtschaftsfragen als schwach** wahrgenommen. Im Kompetenzurteil sahen die Befragten die CDU vorn (17:57 Prozent); auch bei Terrorismus- (14:51 Prozent) und Kriminalitätsbekämpfung (16:50 Prozent) oder in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik (20:38 Prozent). Entsprechend niedrig fiel mit 19 Prozent das Gesamtvertrauen aus, das der SPD bei der Lösung der **wichtigsten Probleme** Deutschlands vor dieser Wahl entgegen gebracht wurde.

Der Wahlkampf von **Martin Schulz** hat der SPD damit letztlich keinen nachhaltigen Schub versetzen können. Drei Viertel der Bürger (74 Prozent) vermissten ein zentrales, die Menschen bewegendes Thema. Auch wenn Martin Schulz im Vergleich zu Angela Merkel als der bürgernähere Politiker (58:27 Prozent) galt und er zuletzt an Sympathien zulegen konnte, hat er sich auch in der Endphase des Wahlkampfes nicht als personelle Alternative zur CDU- Amtsinhaberin profilieren können. Lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten (33 Prozent) sprach sich in der Woche vor der Wahl für den SPD-Herausforderer im Amt des Bundeskanzlers aus.

Grüne: **Umweltschutz und sonst wenig**

Das zentrale Kompetenzfeld der Grünen war auch bei dieser Bundestagswahl der Umweltschutz. Sie galten als die Partei, die in **umweltpolitischen Belangen** am ehesten überzeugt (56 Prozent). Allerdings konnten die Grünen in den vergangenen vier Oppositionsjahren nicht an umweltpolitischem Vertrauen zulegen, ebenso wenig auf anderen Politikfeldern, teilweise haben sie sogar an inhaltlicher Überzeugungskraft verloren. Entsprechend schwer taten sich knapp zwei Drittel der Bürger (65 Prozent) vor dieser Wahl, **Grünen-Ziele** außerhalb des Umweltschutzes zu identifizieren. Profildefizite der Partei bestanden dabei nicht zuletzt auf dem Feld der Wirtschaftspolitik fort. So sind zwei Drittel (66 Prozent, +5) der Wahlberechtigten der Ansicht, dass sich die Grünen zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze kümmern. Ihre unentschiedene Haltung in der Diskussion um den **Dieselskandal** dürfte entsprechende Vorbehalte eher gestärkt als abgebaut haben: Für mehr als die Hälfte der Bundesbürger galten die Grünen – trotz der Lobby-Politik ihres Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg – sogar immer noch als zu autofeindlich (56 Prozent).

In personeller Hinsicht waren die Grünen bei der aktuellen Bundestagswahl dagegen besser aufgestellt als 2013. **Cem Özdemir** wurde mehrheitlich wohlwollend bewertet (55 Prozent) und zählte nach der Bundeskanzlerin zu den populärsten Spitzenkandidaten dieser Wahl. Er punktete damit zugleich deutlich stärker als Jürgen Trittin vor vier Jahren (36 Prozent). Allerdings ist für die Wähler der Grünen in der Regel die **sachpolitische Aufstellung** der Partei wichtiger bei ihrer Wahlentscheidung als deren Kandidaten. Immerhin wurden die Grünen mit ihrer realpolitischen Spitze von heute häufiger als ein zur Union **passender Koalitionspartner** (53 Prozent, +15) angesehen. Dies bot Chancen in der Ansprache koalitionstaktischer Wähler.

FDP: für Wirtschaft und gegen Flüchtlinge

Während die Grünen stagnierten, hat die FDP in vier Jahren außerparlamentarischer Opposition ihr Erscheinungsbild verbessert. Die FDP wurde seltener als Partei der sozialen Kälte (46 Prozent, -11) oder als Klientelpartei (67 Prozent, -12) wahrgenommen, auch wenn sich an ihrer programmatischen Orientierung nicht viel geändert hat. Thematisch erfolgreich war die FDP vor dieser Wahl insbesondere auf klassisch liberalen Feldern wie der Wirtschafts- oder Steuerpolitik, wo immerhin knapp jeder Zehnte der FDP Vertrauen entgegenbrachte. Aber auch in „weichen“ Politikfeldern, wie beispielsweise der Bildungspolitik, konnte die FDP gegenüber 2013 Vertrauen aufbauen. Wichtig war zudem ihre kritische Haltung zur **Flüchtlings- und Asylpolitik** der Bundesregierung. Dass die FDP für einen autoritären Kurs gegenüber Flüchtlingen eintritt, begrüßten vier von zehn Wahlberechtigten (42 Prozent), unter den FDP-Anhängern sogar zwei von dreien (66 Prozent).

Maßgeblichen Anteil an der Erneuerung der FDP hatte Parteivorsitzender und Spitzenkandidat **Christian Lindner**, der von der Hälfte der Wahlberechtigten (50 Prozent) positiv bewertet wurde. Er erreichte damit den höchsten Zustimmungswert aller FDP-Spitzenkandidaten seit 2002 und lag im Politikerurteil noch vor dem SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz. Er scheint für den Erfolg der Liberalen zentral. So glaubte eine Mehrheit (70 Prozent), dass die FDP ohne Christian Lindner keine Chance hätte. Auch vier von zehn FDP-Anhängern (42 Prozent) deuteten an, dass sie ohne Lindner nicht die FDP wählen würden. Auch eine **Regierungsbeteiligung** der FDP wurde deutlich positiver bewertet und von knapp jedem zweiten begrüßt (45 Prozent, +17). Für sieben von zehn FDP-Anhängern war zudem ein wichtiges Motiv, durch ihre Entscheidung für die Liberalen eine **große Koalition** zu verhindern.

AfD: Gegen Flüchtlinge

Die AfD trat anders als zur letzten Bundestagswahl nicht vorrangig als euro-skeptischer Akteur an, sondern als klar **rassistische Partei**. Mit diesem Schwerpunkt ist es der Partei in den vergangenen Jahren gelungen, bei allen Landtagswahlen die Mandatsschwelle zu überspringen. Dass das Zuwanderungs- und Flüchtlingsthema die Bevölkerung weiterhin bewegt, lieferte der AfD auch zur Bundestagswahl sichtbare Mobilisierungschancen. Und dies trotz großer Kritik an ihren Positionen und ihrem Personal. So waren knapp neun von zehn Bundesbürgern der Meinung, dass es in der Partei „zu viele Rechtsextreme“ gibt und zu **wenig Distanz zu rechtsextremen Positionen** gewahrt wird. Eine Diagnose, die selbst unter den AfD-Anhängern große Unterstützung fand.

Jeder und jede Zweite attestierte der AfD, dass sie das gesunkene **Sicherheitsgefühl** vieler Menschen besser verstehe als andere Parteien. Vier von zehn Wähler_innen fanden es zudem gut, dass die AfD den Einfluss des **Islam** verringern will. Und mehr als jeder und jede zweite sah die Hauptfunktion der Partei darin, die Politik der Bundesregierung in der **Flüchtlingsfrage** zu verändern. In diesem Politikfeld war die AfD auch vergleichsweise profiliert und erhielt mit 8 Prozent eine ähnliche Kompetenzzuschreibung wie Grüne und LINKE. Etwa ebenso viele Wahlberechtigte setzten zugleich bei der inneren Sicherheit auf die AfD (9 Prozent), so dass hier die Partei mehr Vertrauen genoss als Linke, FDP und Grüne.

Wichtig für das AfD-Abschneiden war, inwiefern frustrierte Bürger durch die anderen Parteien gebunden wurden. Auffällig war dabei, dass insbesondere die Liberalen mit ihrer Kritik an der bestehenden Einwanderungs- und Asylpraxis auf erkennbaren Zuspruch stießen. Zugleich wurde deutlich, dass die AfD **nicht aus Gründen des sozialen Protestes** gewählt wurde. AfD-Wähler wollen, laut Infratest Dimap, dass der Einfluss des Islam verringert wird (99%), der Zuzug von Flüchtlingen begrenzt wird (96%) und eine schnellere Abschiebung von Asylbewerber_innen (100%). Sie haben Sorge vor dem Verlust deutscher Kultur (95%), bzw. vor einer Veränderung des Lebens in Deutschland (94%) und vor Zunahme der Kriminalität (91%). Hingegen werden der AfD selbst von den eigenen Wähler_innen lediglich zu 53% Kompetenzen in sozialer Gerechtigkeit und 48% im Bereich Familienpolitik zugesprochen.

3. Ergebnisse der Wahl

Die **CDU/CSU** büßt insbesondere in Sachsen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt Stimmenanteile ein, den größten Einbruch erfährt sie in den sächsischen Wahlkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Meißen. Vergleichsweise gering fallen ihre Verluste in den Wahlkreisen Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg -Prenzlauer Berg Ost und Hamburg-Mitte aus (allerdings in beiden Fällen gleichbleibend niedriges Niveau). Ihre besten Ergebnisse erzielt sie in Bayern und Rheinland-Pfalz, ihre schlechtesten Ergebnisse in Berlin und Bremen. Unter den Wahlkreisen sticht der Wahlkreis Cloppenburg -Vechta mit dem besten Ergebnis hervor. Das schlechteste Zweitstimmenergebnis erzielt die Union im Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Sie verringert die Anzahl ihrer **Direktmandate** von 299 auf **231**. Die Union verliert in allen Bevölkerungsgruppen an Zustimmung, besonders hoch fallen die Verluste bei Selbständigen, Arbeitern, Personen mit einem hohen Bildungsniveau sowie den 25- bis 44-Jährigen aus. Hier muss sie jeweils zweistellige Einbußen hinnehmen. Der Faktor „Merkel“ war bei dieser Wahl genauso groß wie 2013.

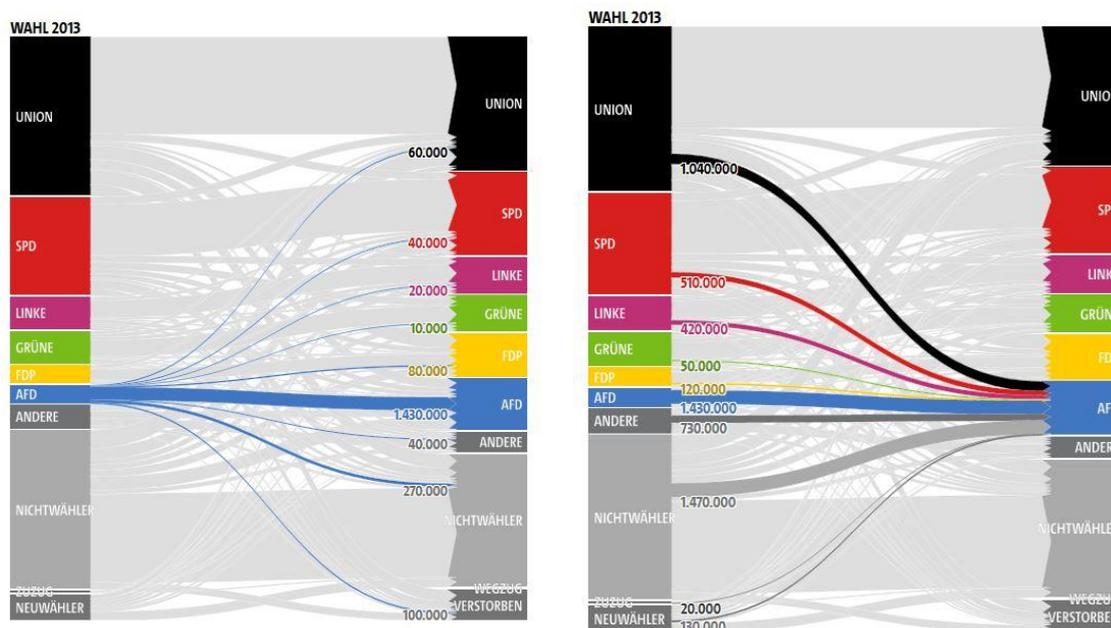
Die **SPD** büßt in allen Bundesländern, insbesondere aber in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein Stimmenanteile ein. Sie gewinnt **59 Direktmandate**. In allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen geht im Vergleich zu 2013 ihr Rückhalt zurück. Besonders bei Männern im Alter von 35-59 Jahren, bei formal hoch Gebildeten und Beamten gibt sie deutlich ab. Insgesamt etwas erfolgreicher ist die SPD in Deutschland bei ihren traditionellen Wählergruppen: bei Wählern ab 60 Jahren, Arbeitern, Rentnern, Wählern mit formal niedriger Bildung und wirtschaftlich Unzufriedenen.

Die **AfD** gewann in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen dazu, die größte Zustimmung erreichte sie bei 35- bis 44-Jährigen, im mittleren und niedrigen Bildungsbereich sowie bei Arbeitslosen und Arbeitern (21 %¹). Zudem legte sie in allen Bundesländern zu und kam in

¹ Allerdings wird die AfD vor allem von Menschen mit mittlerem bis gutem Einkommen gewählt: 38 Prozent der aktuellen AfD-Wähler verdienen 1.500 bis 3.000 Euro netto. Immerhin 25 Prozent liegen über 3.000 Euro, eben

allen Wahlkreisen außer Münster über die 5 Prozent. Die größten Gewinne erreichte sie dabei in den östlichen Ländern, hier kommt sie auf 21,5 Prozent. In Sachsen wurde die AfD mit 27 Prozent knapp vor der CDU (26,9 Prozent) sogar stärkste Kraft und errang im Osten des Bundeslandes drei **Direktmandate**. Laut Infratest dimap machten insgesamt 26 Prozent der ostdeutschen Männer ihr Kreuz bei der AfD, bei den Frauen waren es 17 Prozent. Im Westen votierten 13 Prozent der Männer und 8 Prozent der Frauen für die AfD. Doch die AfD-Hochburgen sind nicht nur im Osten. Auch im baden-württembergischen Heilbronn gaben 16,4 Prozent der Partei ihre Zweitstimme. Im Westen und Nordwesten Deutschlands sticht das Ruhrgebiet als „AfD-Hochburg“ hervor – besonders die Stadt Gelsenkirchen, hier wählten 17 Prozent die AfD. Auch im Bayerischen Städtchen Deggendorf nahe der tschechischen Grenze wählte fast jeder Fünfte die AfD: 19,2 Prozent holte die Partei hier. Auch in den anderen Bayerischen Wahlkreisen war die AfD stark: In Passau, Straubing und Schwandorf holte sie 16 bis 18 Prozent der Stimmen.

Die AfD konnte ihre Stimmen durch Mobilisierung von Menschen gewinnen, die zuletzt nicht zur Wahl gegangen waren (1,47 Mio), ansonsten speist sie sich von ehemaligen Wählerinnen und Wählern der CDU (1,04 Mio), von „anderen“ – wahrscheinlich der NPD – Parteien mit 730 000, eine halbe Million von der SPD und 420 000 ehemaligen Wähler_innen der LINKEN. **Der Großteil der AfD-Stimmen kommt also nicht von links.** Sie hat 270 000 ihrer Wähler_innen von 2013 nicht zur Wahl mobilisieren können, 100 000 sind verstorben.



Die **Grünen** gewannen vor allem bei den Jüngeren (13%), bei Beamten (15%) und Angestellten (11%), aber auch bei Arbeitslosen (+ 3%) dazu. Ihren Schwerpunkt nach

so viele kommen auf 1.500 Euro oder weniger. Vgl. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/afd-waehler-terrorbekämpfung-integration>

Bildungsabschlüssen haben die Grünen weiterhin eindeutig bei den hoch gebildeten, sie konnten aber auch leicht bei Menschen mit niedriger Bildung zu legen. Von den Männern wählten nur 8 % die Partei, bei den Frauen hingegen mit 11% deutlich mehr. Im Hinblick auf die geografische Verteilung ihrer Wählerstimmen lässt sich feststellen, dass die Grünen vor allem in den Städten, wie Hamburg (13,9 Prozent), Berlin (12,6 Prozent) und Freiburg (21,2%) sowie in den westlichen Bundesländern stark sind. In Baden-Württemberg holten sie 13,5 Prozent der Zweitstimmen. Die Grünen verlieren zwischen 300 000 und 400 000 Stimmen jeweils an LINKE, SPD und CDU. Sie gewinnen 760 000 Stimmen von der SPD, 330 000 von der CDU und 170 000 von der LINKEN.

Die **FDP** gewann deutlich in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen hinzu, die größte Zustimmung erreichte sie bei den Männern zwischen 18-44 Jahren (15% bzw. 14%, +10), im hohen Bildungsbereich (14%, +8) sowie erwartungsgemäß bei den Selbständigen (19%, +9), aber auch bei Angestellten und Beamten (11%, +7 bzw. + 9). Weiterhin wählen mehr Männer als Frauen die FDP (nun 12:10). Regionale Hochburgen mit Ergebnissen um die 20% erreichte die FDP nun wieder in den Wahlkreisen mit hohem Wohlstand, insbesondere in Düsseldorf, im Taunus bei Frankfurt sowie um München.

Bundestagswahl 2017

infratest dimap WahlANALYSE

Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD						
Alter												
18-24 J.	23	-7	18	-6	10	+2	13	+2	13	+8	10	+5
25-34	26	-11	18	-4	11	+2	10	+0	11	+7	14	+9
35-44	29	-11	17	-5	8	+0	12	+1	12	+7	16	+10
45-59	30	-8	21	-6	9	-1	11	0	11	+6	14	+9
60+	39	-10	25	-3	8	+1	6	+1	10	+5	10	+7
Frauen	35	-9	21	-4	9	+0	11	+1	10	+6	10	+6
18-24 J.	25	-8	19	-4	10	+2	17	+3	10	+6	8	+4
25-34	29	-10	19	-3	10	+1	13	+1	9	+5	11	+7
35-44	32	-10	17	-4	8	+0	13	+0	10	+6	12	+8
45-59	33	-7	21	-5	9	-1	12	+1	10	+6	11	+7
60+	42	-11	24	-3	8	+1	6	+2	10	+6	7	+5
Männer	29	-10	21	-6	9	+0	8	+0	12	+7	16	+10
18-24 J.	22	-7	18	-7	11	+3	10	+2	15	+10	12	+6
25-34	23	-12	18	-4	11	+2	8	-0	13	+8	17	+10
35-44	28	-12	16	-7	8	+0	10	+1	14	+8	19	+12
45-59	29	-8	21	-7	9	-0	9	-1	12	+6	18	+12
60+	36	-10	26	-4	9	-0	5	+1	11	+5	13	+9
Beruf/ Tätigkeit*												
Arbeiter	24	-11	24	-3	11	-2	5	+2	8	+5	22	+16
Angestellte	30	-9	20	-6	9	+2	11	+6	11	+7	12	+7
Beamte	35	-9	19	-9	5	+1	15	+13	11	+9	10	+6
Selbstständige	36	-13	11	-3	7	+1	10	-0	19	+9	12	+7
Rentner	39	-10	25	-4	8	+1	6	+1	10	+6	11	+7
Arbeitslose	22	-2	23	-3	11	-13	6	+3	7	+3	21	+18
Bildung*												
hoch	29	-9	18	-5	10	+2	14	+0	14	+8	9	+4
mittel	32	-11	21	-3	10	-0	6	-1	9	+5	17	+12
niedrig	37	-8	27	-4	6	-1	4	+1	8	+4	14	+10
Eigene wirtschaftliche Lage*												
Zufriedene	34		21		8		9		12		11	
Unzufriedene	18		24		14		7		7		23	

Datenbasis: 73.482 Wähler

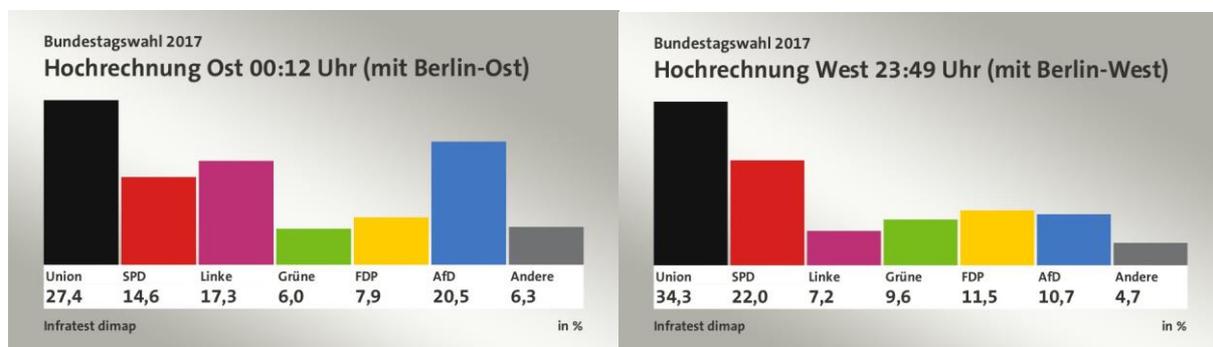
11.486 Wähler*

Zeilen-%, Differenzen zu 2013 in
%Punkten

sz

Ost-West-Unterschiede stärker

Die Wahlergebnisse in den alten und neuen Ländern unterscheiden sich auch bei dieser Bundestagswahl: Union, SPD, Grüne und FDP sind im Westen erfolgreicher, Linke und Sonstige einschließlich der AfD im Osten. Über alle Parteien hinweg gerechnet waren die Gesamtunterschiede zwischen West und Ost zur Bundestagswahl von 1990 am niedrigsten. 1998 und 2005 fielen West und Ost besonders deutlich auseinander. 2009 und 2013 näherten sich alte und neue Länder in der Gesamtschau wieder etwas an, mit dieser Wahl haben sie sich wieder voneinander entfernt. Die Ost-West-Unterschiede der LINKEN verringern sich: im Westen ist ihr Wahlergebnis um 1,8 % gestiegen, im Osten um 3,9% gefallen.



Innerhalb der alten Länder bestehen seit jeher deutliche regionale Unterschiede. Die Union ist vor allem in ihren Stammländern stark Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Der **SPD** ist allein Bremen als Hochburg verblieben. Hamburg ist in/seit dieser Wahl nicht mehr SPD-Hochburg (im Großraum HH hat sie über 8% verloren). Die **Grünen** schneiden wie in der Vergangenheit in Hamburg und Bremen überdurchschnittlich ab, wie die Liberalen aber auch in Baden-Württemberg und Hessen. Hamburg und Bremen stechen im deutschen Westen auch für DIE LINKE hervor, ebenso das Saarland. **Westdeutsche AfD-Hochburgen** sind die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Schwerer tut sich die AfD im Westen insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg.

Als **ostdeutsche CDU-Hochburg** fällt bei dieser Bundestagswahl vor allem Mecklenburg-Vorpommern heraus (33,1%, aber 9,4% Verlust). Sachsen dagegen ist als Hochburg aufgrund deutlicher Verluste (-15,8%) verloren gegangen. Ostdeutsche **SPD-Hochburgen** finden sich am ehesten in Brandenburg und Berlin. Die ostdeutsche Regionalspanne fällt für **DIE LINKE** weniger groß aus. Während bei den **Grünen** im Osten wie gehabt allein das Abschneiden in Berlin hervorsteht, werden ostdeutsche **FDP-Bundestagswahlschwerpunkte** am ehesten in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt sichtbar. Die **AfD** liegt in drei ostdeutschen Bundesländern über 20 Prozent. In Sachsen wird sie mit 27,0 Prozent stärkste Partei, in allen anderen ostdeutschen Ländern ist die AfD zweitstärkste Kraft hinter der CDU geworden. Allein Berlin schert aus diesem Muster aus.

4. LINKE Ergebnisse

DIE LINKE hat insgesamt zugelegt, aber die Trends und Ergebnisse sind nach Ost und West deutlich unterschiedlich, wenn nicht gespalten. Sie büßt insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt Stimmenanteile ein. Gleichzeitig verbessert sie sich in Bremen und Hamburg. Die größten Wahlkreisgewinne verzeichnet sie in Hamburg-Altona. Ihre besten Ergebnisse erzielt sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, ihre schlechtesten Ergebnisse in Bayern und Baden-Württemberg. Das beste Wahlkreisergebnis erzielt die Linke in Berlin-Lichtenberg, das schlechteste in Borken II (NRW).

Zweitstimmenanteile in Ländern	%	+/-
Schleswig-H.	7,3	+2,1
Hamburg	12,2	+3,4
Niedersachsen	6,9	+1,9
Bremen	13,5	+3,4
Nordrhein-W.	7,5	+1,3
Hessen	8,1	+2,1
Rheinland-Pfalz	6,8	+1,4
Baden-Würtbg.	6,4	+1,5
Bayern	6,1	+2,3
Saarland	12,9	+2,9
Berlin	18,8	+0,3
Brandenburg	17,2	-5,3
Mecklenbug-V.	17,8	-3,7
Sachsen	16,1	-3,9
Sachsen-Anhalt	17,8	-6,2
Thüringen	16,9	-6,6

Herausragende Wahlkreise, Zweitstimmen

Die höchsten Wahlergebnisse erreichte DIE LINKE wie erwartet in Ostdeutschland und dort besonders in den beiden größten Städten (Ost-)Berlin und Leipzig. Doch auch der Ost-West-Bezirk Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg liegt weit vorn. Berlin-Mitte konnte als einziger Wahlkreis im Osten dazugewinnen.

Höchste Wahlergebnisse Ost	2017	zu 2013	
Berlin-Lichtenberg	29,3	- 5,3	
Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg	28,6	+ 3,5	Ost-West-Bezirk
Berlin-Marzahn-Hellersdorf	26,1	- 6,8	
Berlin-Treptow-Köpenick	25,2	- 4,3	
Berlin-Pankow	23,4	- 1,7	
Leipzig II	22,5	0	
Berlin-Mitte	21,4	+ 2,7	
Rostock – Landkreis Rostock II	20,7	- 3,1	
MOL – Barnim II	20,7	- 5,8	
Leipzig I	19,5	-1,8	

Auch in den alten Bundesländern erreichte DIE LINKE in Großstädten höchste Ergebnisse. Im Westen liegen auch die Wahlkreise, die gegenüber der Bundestagswahl 2013 am meisten Stimmen dazugewinnen konnten.

Höchste Wahlergebnisse West	2017	zu 2013
Berlin-Neukölln	18,3	+ 4,1
Hamburg-Altona	15,7	+ 4,9
Hamburg-Mitte	15,0	+ 3,9
Saarbrücken	14,9	+ 3,2
Bremen I	14,2	+ 4,1
Tempelhof/Schöneberg	13,2	+ 2,9
Köln III	12,8	+ 3,6
Bremen II – Bremerhaven	12,6	+ 2,5
Frankfurt am Main I	12,0	+ 3,1
Frankfurt am Main II	11,7	+ 3,6

Höchste Zuwächse	zu 2013	Ergebnis 2017
Hamburg-Altona	+ 4,9	15,7
Nürnberg-Nord	+ 4,6	11,7
Bremen I	+ 4,1	14,2
Berlin-Neukölln	+ 4,1	18,3
Stadt Hannover II	+ 4,0	12,0
Hamburg-Mitte	+ 3,9	15,0
Saarlouis	+ 3,9	12,9
Hamburg-Eimsbüttel	+ 3,9	12,4
München Süd	+ 3,9	8,7
Köln II	+ 3,8	10,7
Münster	+ 3,8	10,1

Stadt-Land-Unterschiede:

In Gemeinden über 100 000 Einwohnern wurde die LINKE mit 12,9 Prozent der Zweitstimmen gewählt. Sie war dort – im Verhältnis zum Durchschnitt – erfolgreicher als alle anderen Parteien. Lediglich die Grünen erreichten dort mit 12,2% ähnlich überdurchschnittliche Ergebnisse. CDU/CSU und AfD waren dagegen in den Gemeinden bis 5000 und 5 000 bis 20 000 besonders erfolgreich.

Ergebnisse der strategischen Direktwahlkreise

Direktmandate gewonnen wurden von Gregor Gysi, Gesine Löttsch, Petra Pau und Stefan Liebich in Berlin sicher wie 2013 und erstmals von Sören Pellmann in Leipzig Süd, wo Jule Nagel 2014 bereits ein Direktmandat bei den Landtagswahlen für die LINKE gewinnen konnte. Knapp unterlagen Pascal Meiser (Berlin-Kreuzberg -1,6 %). Dietmar Bartsch (Mecklenburg-Vorpommern Rostock -3,7%), Kerstin Kühn (Brandenburg MOL -5,9).

Wer wählte DIE LINKE

DIE LINKE gewinnt im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 bei **jüngeren** Wählerinnen und Wählern und bei höher Gebildeten leicht hinzu. Den größten, zweistelligen Verlust muss sie bei den **Arbeitslosen** verzeichnen. Dennoch hat sie weiterhin die stärkste Unterstützung bei Arbeitslosen, darüber hinaus von Arbeitern, Jungen und insbesondere von wirtschaftlich Unzufriedenen.

Bundestagswahl 2017

infratest dimap Wahlanalyse

Linke

Unterstützung in Bevölkerungsgruppen

Gesamt	Beruf / Tätigkeit	Linke-Wähler* gaben Erststimme an...
18-24 J.	11 +3 Arbeiter	10 -2
25-34	11 +2 Angestellte	9 +2
35-44	8 +0 Beamte	5 +1
45-59	9 -1 Selbständige	8 +2
60+	8 +1 Rentner	8 +1
Frauen	9 +1 Arbeitslose	11 -12
18-24 J.	11 +2	
25-34	10 +2	
35-44	9 +0	
45-59	9 -1	
60+	8 +1	
Männer	9 +1	
18-24 J.	11 +3	
25-34	12 +3	
35-44	8 +0	
45-59	9 -0	
60+	9 -0	
Bildung		
hoch	10 +2	
mittel	10 -1	
niedrig	6 -1	
Persönliche wirtschaftliche Lage		
Zufriedene	8	
Unzufriedene	15	

Splitting

Linke-Wähler* gaben Erststimme an...
Linke
SPD
Grüne
Andere

Entscheidungszeitpunkt

Linke-Wähler entschieden sich...
am Wahltag
letzte Tage
letzte Wochen
früher

früher = vor längerer Zeit / wähle immer gleich

Wahlmotive

Linke-Wahl aus...	Ges.
Überzeugung	54 63
Enttäuschung	39 30
Linke-Wahl aufgrund...	
Spitzenkandidat(in)	13 -1
Sachlösungen	77 +4
Bindung	7 -2
Linke-Wahl, weil...	
bevorzugte Partei	73 75
taktische Wahl	22 19

Nächste Bundesregierung

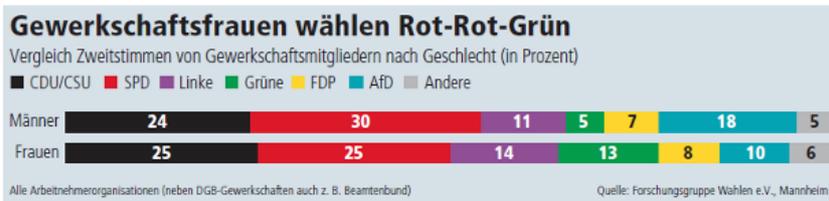
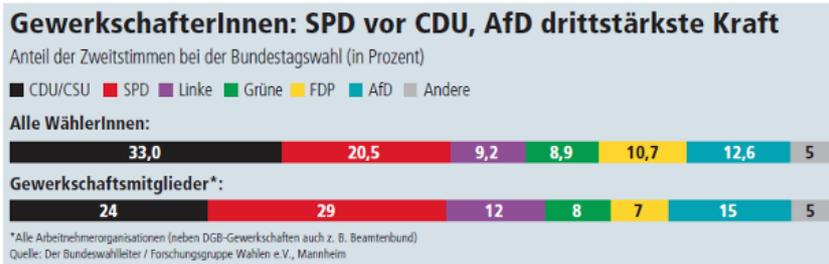
Koalition finde ich gut	Ges.
CDU/CSU-geführte Koalition mit...	
...SPD	17 39
...Grünen	16 25
...FDP	8 35
...Grünen, FDP	11 23
SPD-geführte Koalition mit...	
...Linken, Grünen	77 25
...Grünen, FDP	19 19

Ges. = alle Wähler
Anteile in % Differenzen zu 2013 in %Pkt.

Überdurchschnittlich: Gewerkschafterinnen

Bei gewerkschaftlich organisierten Wählerinnen und Wählern schneidet DIE LINKE überdurchschnittlich ab (12% insgesamt, 11% West, 22% Ost). Die (gesamtddeutsch) höchsten Werte werden bei Gewerkschafterinnen (Frauen) und Angestellten erreicht (14%).

Die SPD liegt mit 29 Prozent auf dem ersten Platz, die CDU mit 24 auf dem zweiten, dann folgen die AfD mit 15 und DIE LINKE mit 12 Prozent. SPD, AfD und DIE LINKE liegen damit über dem Durchschnitt aller Wählerinnen und Wähler. Unter Arbeitern erreichte DIE LINKE 12 Prozent, unter Angestellten 14 und unter Beamten 6 Prozent. Im Osten liegen DIE LINKE und die AfD gleichauf, die SPD schneidet hier mit 18 Prozent erwartungsgemäß schlechter ab als im Westen. Gewerkschaftsfrauen wählten deutlich mehr LINKE und Grüne und weniger häufig die AfD als die Männer.



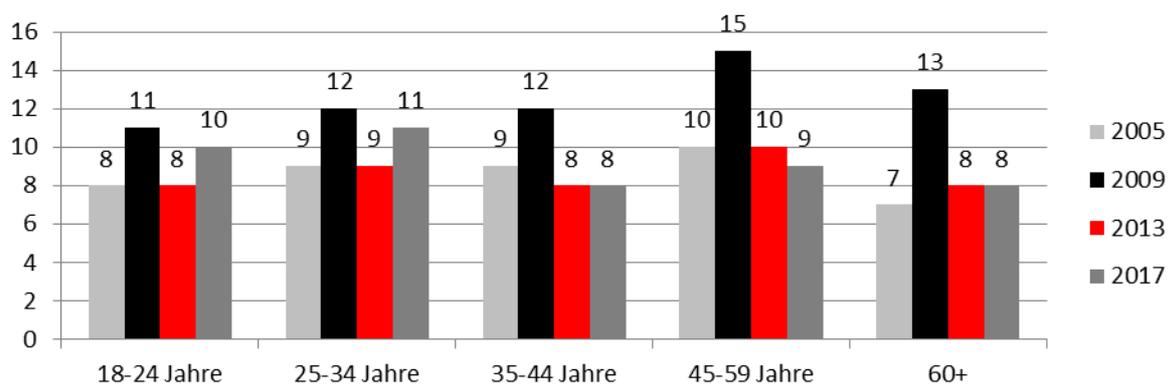
DGB/einblick



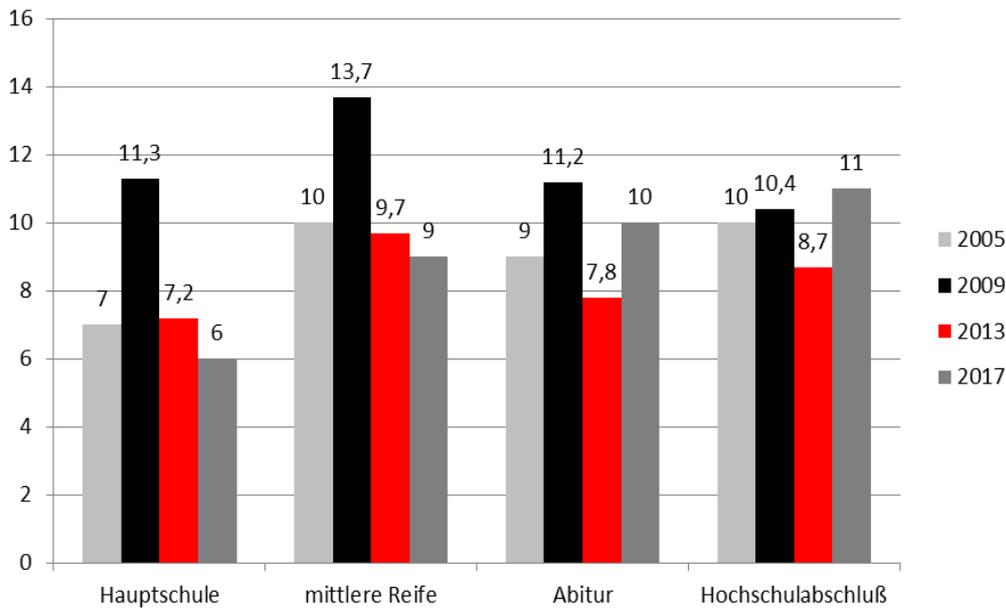
DGB/einblick

Wie verändern sich die Wählerinnen und Wähler der LINKEN?

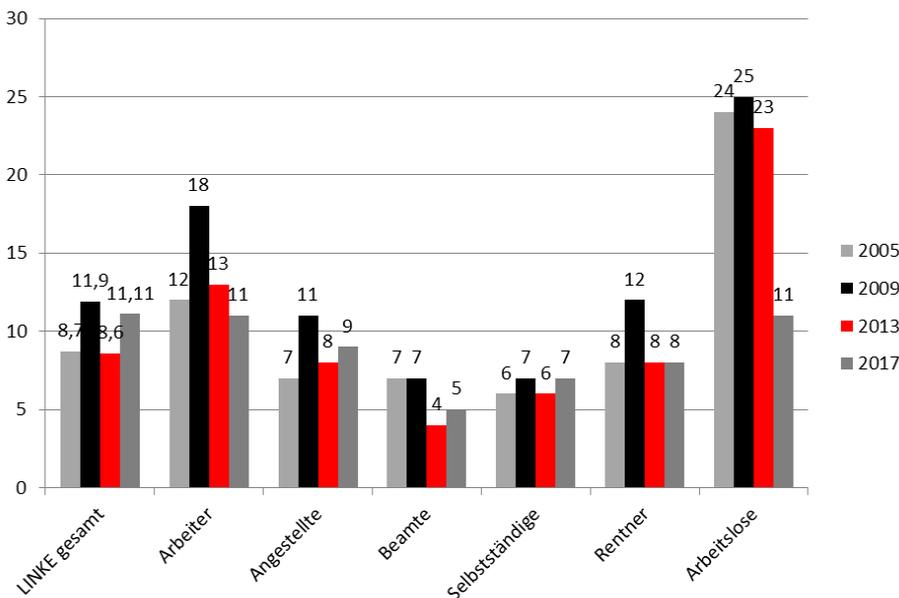
Betrachtet man die soziodemographischen Daten im Zeitverlauf, dann wird deutlich, dass die LINKE stärker zulegt bei Jüngeren und höher Gebildeten. Der Anteil der ab 45jährigen hat sich verringert; in dieser Altersgruppe erzielten nur die CDU/CSU und SPD überdurchschnittliche Ergebnisse.



LINKE Ergebnisse nach Alter



LINKE Ergebnisse nach formaler Bildung



LINKE Ergebnisse nach

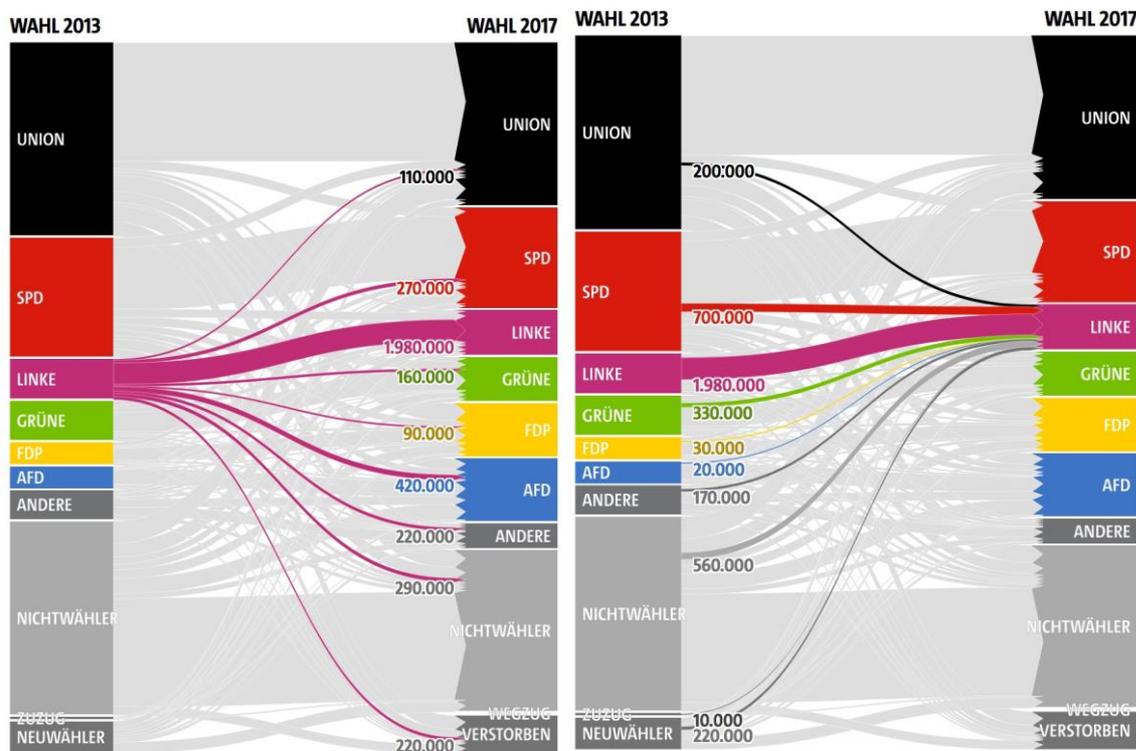
Tätigkeit 1

Wählerwanderungen

Die LINKE hat im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 insgesamt über eine halbe Million Zweitstimmen dazu gewonnen. 700 000 Wähler_innen konnte sie von der SPD gewinnen, 330 000 von den Grünen und 200 000 von der CDU.

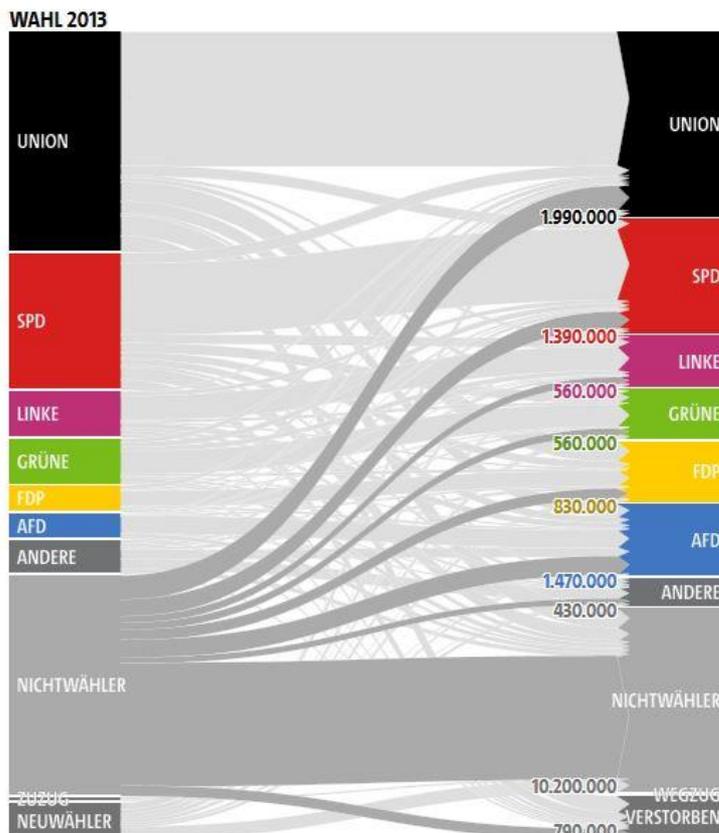
Verloren hat die LINKE an die AfD und leicht an die FDP, sowie die sonstigen Parteien. Bei den Verlusten an die sonstigen Parteien, die zusammen auf 5 Prozent der Zweitstimmen kamen, liegt die LINKE nach den Nichtwählern und gemeinsam mit der Union immerhin auf

dem zweiten Platz, auf dem dritten Platz folgen die Grünen. Die Gewinne und Verluste gerechnet über die Parteien gleichen sich für die LINKE insgesamt nahezu aus, der Stimmzuwachs kommt vor allem durch die Mobilisierung von Nichtwählern zu Stande.



Das Verhältnis von Erstwählern und Verstorbenen gleicht sich inzwischen aus. Die massiven Gewinne von ehemaligen Wählern der SPD relativieren sich etwas, da sowohl die AfD, die FDP wie die Grünen noch mehr sozialdemokratische Stimmen für sich gewinnen konnten.

Nichtwähler: DIE LINKE hat 560 000 Wählerinnen und Wähler mobilisiert, die zuvor nicht zur Wahl gegangen sind. 220 000 Wähler_innen, die 2013 ihre Stimme der LINKEN gegeben haben, haben 2017 nicht gewählt.



Wahlmotive

Die Wählerinnen und Wähler der LINKEN entschieden sich ganz überwiegend aufgrund der Inhalte für die Partei: 77 Prozent. 13 Prozent gaben an, aufgrund der Spitzenkandidat_in für DIE LINKE gestimmt zu haben. Dieser Wert entspricht dem von 2013.

39 Prozent der Linken-Wähler_innen haben die Partei „aus Enttäuschung über andere Parteien“ für gewählt, 54 Prozent aus Überzeugung. Dieses Verhältnis hat sich im Vergleich zu 2013 etwas in Richtung Überzeugung verschoben – außer in Rheinland-Pfalz, wo dieses Mal mehr Wähler_innen aus Enttäuschung der LINKEN ihre Stimme gaben. Zwischen den Bundesländern, besonders zwischen Ost und West, gibt es einige Unterschiede bei den Motiven: In Ostdeutschland wurde die Linkspartei häufiger aus Überzeugung gewählt, auch die Parteibindung ist höher. Im Westen war die Enttäuschung über andere Parteien etwas wichtiger als in Ostdeutschland.

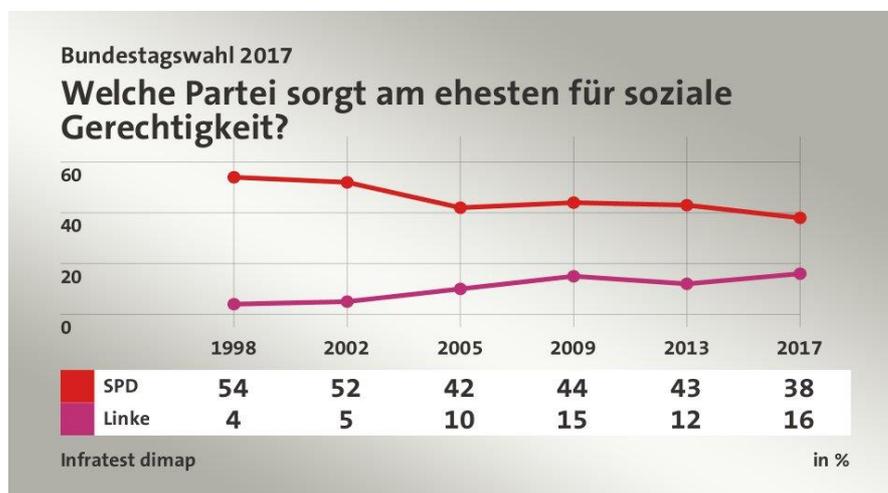
Ihre persönliche wirtschaftliche Situation schätzen LINKE-Wähler mit 76 Prozent überwiegend als gut ein (84 Prozent Gesamt), 23 Prozent als schlecht (15 Prozent Gesamt). Viele Wählerinnen und Wähler entschieden sich erst am letzten Wahltag für DIE LINKE, in Baden-Württemberg z.B. Beispiel 18, in Brandenburg 19 Prozent.

Viele Wählerinnen und Wähler entschieden sich erst am letzten Wahltag für DIE LINKE. In Baden-Württemberg waren das zum Beispiel 18 Prozent, in Brandenburg 19 Prozent.

Kompetenzzuschreibungen

Die höchsten Kompetenzwerte erreicht DIE LINKE bei den Themen soziale Gerechtigkeit und faire Löhne: 16 Prozent der Befragten trauen ihr am ehesten zu, für **soziale Gerechtigkeit** zu sorgen (2013: 12 Prozent), 14 Prozent denken, dass am ehesten für **angemessene Löhne** sorgt (2013: 11 Prozent). Beides trauen der SPD weniger Wähler zu als 2013 (soziale Gerechtigkeit 2017 38 Prozent, 2013 43 Prozent; angemessene Löhne 2017 41 Prozent, 2013 45 Prozent). Jeweils 10 Prozent trauen der LINKEN am ehesten zu, die Altersversorgung langfristig zu sichern, für eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung zu sorgen und die Qualität in der Pflege zu verbessern. 7 Prozent trauen der LINKEN am ehesten eine gute Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu. Bei keinem Thema wird der Partei weniger zugetraut als vor vier Jahren.

Bei einigen Themen hat DIE LINKE **besonders stark zugelegt**: 9 Prozent trauen der LINKEN eine gute **Steuerpolitik** zu (2013: 6 Prozent), 8 Prozent trauen der LINKEN am ehesten zu, eine gute Schul- und **Bildungspolitik** zu machen (2013: 4 Prozent), bei guter **Gesundheitspolitik** sind es jetzt 7 Prozent (2013: 4 Prozent). Bei allen genannten Themen schneidet DIE LINKE außerdem **stärker ab als die Grünen**. Nur 3 Prozent der Befragten trauen der LINKEN allerdings am ehesten zu, die „wichtigsten Aufgaben“ Deutschlands zu lösen. Dieser Wert ist gleich geblieben. Die CDU konnte hier gegenüber 2013 um 2 Prozent auf 49 Prozent zulegen, die SPD ist von 26 auf 19 Prozent abgesunken.



Anhang:

WKr 3.01 Ergebnis Zweitstimmen der BTW '17 im Vergleich zur BTW '13 in den Wahlkreisen in Deutschland
30 Berichtsgebiete mit den höchsten und niedrigsten Anteilen der Linken

Wahlkreise	Union		SPD		Linke		Grüne		FDP		AfD		FW		Sonstige		Wahlbeteiligung	
	B17ZB17Z-B13Z																	
086 Berlin-Lichtenberg (BE)	18,6	-4,5	14,8	-5,6	29,3	-5,3	6,8	0,9	5,3	3,7	16,7	11,3	0,4	-0,2	8,2	-0,3	72,6	5,2
083 Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer	13,9	-1,5	15,9	-8,1	28,6	3,5	20,4	-0,3	5,9	3,7	6,3	3,5	0,2	-0,1	8,7	-0,7	77,7	3,4
085 Berlin-Marzahn-Hellersdorf (BE)	20,9	-5,1	14,5	-4,7	26,1	-6,8	4,1	0,2	5,3	3,6	21,6	15,3	0,7	0,1	6,9	-2,5	69,3	4,1
084 Berlin-Treptow-Köpenick (BE)	20,3	-5,1	15,5	-5,8	25,2	-4,3	7,9	0,5	6,5	4,5	16,9	11,4	0,5	-0,1	7,3	-1,0	76,8	3,2
076 Berlin-Pankow (BE)	19,8	-3,7	15,7	-6,3	23,4	-1,7	14,3	0,2	6,6	4,1	12,5	7,7	0,4	0,0	7,3	-0,2	79,6	5,2
153 Leipzig II (SN)	21,9	-10,6	13,1	-5,8	22,5	0,0	10,4	-0,8	8,5	5,5	16,0	10,9	0,8	0,0	6,8	0,8	76,9	6,9
075 Berlin-Mitte (BE)	18,7	-4,0	17,9	-8,2	21,4	2,7	17,3	0,5	8,7	5,0	8,2	4,3	0,2	0,0	7,6	-0,4	73,4	4,0
014 Rostock – Landkreis Rostock II (MV)	30,5	-7,5	15,8	-3,4	20,7	-3,1	6,3	-0,2	6,6	4,6	15,5	10,1	0,6	-0,1	4,1	-0,3	73,7	5,4
059 Märkisch-Oderland – Barnim II (BB)	25,1	-7,0	15,4	-6,5	20,7	-5,8	4,7	0,5	6,6	4,3	20,7	14,3	1,5	0,3	5,3	-0,2	75,1	5,8
152 Leipzig I (SN)	23,5	-13,4	12,9	-5,6	19,5	-1,8	7,1	0,1	8,5	5,5	20,8	14,7	0,9	-0,1	6,8	0,5	73,2	7,4
193 Erfurt – Weimar – Weimarer Land II (TH)	25,4	-9,1	14,2	-3,5	19,4	-3,6	7,6	-0,9	8,6	6,0	18,2	12,1	1,0	-0,3	5,7	-0,7	75,8	6,1
072 Halle (ST)	26,5	-11,2	14,1	-3,8	19,2	-5,2	7,0	-0,3	9,0	5,9	17,8	13,6	1,0	0,2	5,5	0,7	71,0	5,8
162 Chemnitz (SN)	24,9	-14,1	11,9	-5,6	19,2	-3,8	4,7	-0,7	8,3	5,5	24,3	18,3	0,7	-0,1	6,0	0,5	75,1	7,6
063 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree (BB)	24,6	-8,8	16,5	-5,9	19,0	-5,8	4,3	0,3	6,7	4,5	22,1	15,6	1,3	0,4	5,7	-0,4	71,9	4,1
069 Magdeburg (ST)	27,7	-9,7	17,1	-3,8	18,7	-5,3	5,3	-0,3	7,9	5,5	16,2	12,0	0,8	0,0	6,2	1,6	68,4	5,2
057 Uckermark – Barnim I (BB)	28,3	-8,0	16,9	-5,5	18,6	-5,4	4,1	0,2	5,5	3,4	20,8	15,7	1,2	0,2	4,7	-0,6	70,3	6,2
066 Altmark (ST)	32,8	-9,3	17,0	-2,0	18,5	-6,1	3,3	0,0	7,1	5,0	16,8	13,2	0,8	0,1	3,6	-0,9	67,1	4,5
191 Jena – Sömmerda – Weimarer Land I (TH)	27,4	-8,5	12,5	-4,0	18,5	-4,6	6,2	-1,1	8,7	5,5	19,8	14,1	1,8	0,5	5,1	-1,9	76,8	6,6
082 Berlin-Neukölln (BE)	22,3	-6,7	19,5	-6,8	18,3	4,1	13,1	-0,8	7,7	4,7	11,1	6,9	0,2	-0,3	7,8	-1,1	71,0	2,5
061 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fl	24,8	-6,3	18,5	-6,5	18,1	-2,9	9,8	0,7	9,2	5,9	13,5	7,8	0,8	0,3	5,4	1,0	79,1	4,7
015 Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifsw	32,9	-12,0	12,2	-2,4	18,0	-2,6	5,1	0,3	6,9	4,2	19,6	13,1	0,7	-0,2	4,6	-0,4	70,4	6,1
071 Anhalt (ST)	30,7	-10,9	13,9	-2,9	17,8	-7,8	2,4	-0,2	7,5	4,9	22,2	17,4	1,5	0,2	4,1	-0,7	65,9	6,5
068 Harz (ST)	33,6	-9,9	16,2	-2,6	17,7	-5,2	3,5	-0,1	7,0	4,7	16,9	13,1	1,2	0,4	4,0	-0,5	66,6	7,7
016 Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommer	33,5	-11,5	12,3	-2,4	17,6	-4,0	2,6	-0,1	5,6	3,6	23,0	16,9	0,7	-0,3	4,7	-2,1	69,5	5,9
194 Gera – Greiz – Altenburger Land (TH)	27,3	-12,5	11,4	-2,9	17,4	-7,6	2,7	-0,8	8,2	5,6	27,1	19,5	1,4	0,5	4,4	-1,8	73,5	5,9
070 Dessau – Wittenberg (ST)	31,8	-10,7	14,3	-2,8	17,3	-5,5	3,5	-0,4	7,3	4,9	20,0	14,9	1,6	0,2	4,1	-0,6	69,7	4,7
074 Mansfeld (ST)	28,8	-12,4	14,4	-2,8	17,3	-8,4	2,4	-0,4	8,1	5,2	23,9	19,8	0,8	-0,2	4,2	-0,8	67,7	6,7
160 Dresden II – Bautzen II (SN)	23,1	-15,5	9,7	-4,3	17,3	-0,8	9,0	-0,6	9,6	6,4	23,3	16,3	1,0	-0,9	7,0	-0,7	79,3	5,7
159 Dresden I (SN)	24,3	-15,5	10,6	-4,8	17,2	-1,8	7,7	-0,2	10,3	7,2	23,1	16,2	0,8	-0,7	6,1	-0,3	78,6	4,4
196 Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburgh	30,3	-9,1	13,6	-2,8	16,9	-8,3	3,3	-0,5	6,7	4,3	23,0	17,9	1,7	0,3	4,4	-1,8	72,6	6,4

Wkr 3.01 Ergebnis Zweitstimmen der BTW '17 im Vergleich zur BTW '13 in den Wahlkreisen in Deutschland
30 Berichtsgebiete mit den höchsten und niedrigsten Anteilen der Linken

Wahlkreise	Union		SPD		Linke		Grüne		FDP		AfD		FW		Sonstige		Wahlbeteiligung	
	B17ZB17Z-B13Z																	
260 Böblingen (BW)	35,4	-11,4	15,5	-4,5	5,3	1,0	12,7	2,4	15,1	8,0	11,7	6,6	0,7	0,1	3,4	-2,1	80,0	2,8
286 Schwarzwald-Baar (BW)	37,8	-11,5	15,6	-3,5	5,3	1,2	12,2	3,2	12,2	6,3	12,4	6,7	0,8	-0,1	3,6	-2,3	75,9	4,2
225 Traunstein (BY)	44,6	-12,6	11,9	-3,0	5,3	2,3	9,2	0,4	9,1	4,8	12,0	8,7	2,4	0,4	5,4	-1,0	77,0	8,6
232 Amberg (BY)	42,6	-10,8	15,5	-3,9	5,3	1,9	7,1	1,1	7,6	3,9	12,8	9,3	4,2	0,4	4,7	-1,9	78,8	8,6
212 Altötting (BY)	44,0	-14,6	12,3	-2,8	5,3	2,4	6,9	1,1	8,9	5,0	14,5	10,5	2,5	-0,1	5,6	-1,4	75,4	8,5
266 Neckar-Zaber (BW)	33,0	-12,3	16,5	-4,6	5,3	1,1	13,1	2,6	14,7	8,0	13,1	7,6	1,0	0,4	3,4	-2,7	81,0	2,9
213 Erding – Ebersberg (BY)	39,1	-12,0	12,3	-4,3	5,1	2,2	10,9	2,1	11,9	6,8	11,9	6,7	2,9	-0,2	5,9	-1,3	79,3	4,6
255 Neu-Ulm (BY)	39,9	-12,9	13,7	-4,4	5,1	1,4	8,2	1,7	10,3	5,6	15,1	9,5	2,8	1,0	4,7	-2,1	76,0	8,0
285 Zollernalb – Sigmaringen (BW)	38,0	-14,8	14,1	-3,0	5,1	1,0	11,5	3,1	13,4	7,7	13,7	9,0	0,7	-0,2	3,6	-2,8	76,2	4,1
214 Freising (BY)	39,7	-12,1	12,4	-3,7	5,1	1,9	9,7	0,7	10,4	5,8	13,6	8,9	3,8	0,1	5,3	-1,6	79,2	7,5
280 Calw (BW)	37,2	-14,0	14,4	-3,2	5,1	1,0	9,9	2,2	14,3	7,9	15,0	8,7	0,7	0,0	3,4	-2,6	77,5	4,1
222 Rosenheim (BY)	40,5	-13,6	11,3	-3,5	5,1	2,2	10,0	1,6	11,0	6,0	13,9	9,0	2,4	0,1	5,8	-1,9	79,8	9,3
221 München-Land (BY)	37,3	-9,8	14,0	-5,8	5,1	2,3	12,6	2,8	15,3	7,0	9,4	4,5	1,9	-0,2	4,4	-0,8	84,4	7,0
215 Fürstfeldbruck (BY)	39,8	-11,1	13,7	-4,5	5,1	2,1	11,0	2,2	11,6	6,7	11,6	6,3	2,4	-0,4	4,9	-1,3	82,3	7,1
263 Göppingen (BW)	33,3	-12,5	17,6	-4,1	5,1	0,8	12,3	2,2	12,6	6,8	14,7	8,4	0,7	0,3	3,7	-1,9	77,1	3,1
227 Deggendorf (BY)	40,6	-15,6	14,2	-2,5	5,0	1,6	4,7	0,3	7,6	3,7	19,2	15,2	4,0	-0,2	4,8	-2,4	71,7	11,2
223 Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach (BY)	41,6	-12,3	11,0	-3,4	4,9	2,3	10,3	2,4	12,4	6,5	11,7	5,9	2,6	-0,5	5,5	-0,8	80,3	7,8
253 Augsburg-Land (BY)	41,4	-12,3	12,8	-4,5	4,9	1,7	8,8	1,6	10,4	5,7	13,7	8,5	3,3	1,1	4,8	-1,8	80,2	8,0
228 Landshut (BY)	39,4	-14,5	13,1	-2,9	4,8	1,8	7,2	0,5	10,1	5,4	14,6	11,0	5,5	0,2	5,2	-1,6	77,4	9,2
240 Kulmbach (BY)	43,4	-8,9	17,7	-3,8	4,8	1,2	5,9	0,7	7,7	4,0	13,4	9,5	2,7	-0,2	4,4	-2,3	79,3	8,4
235 Weiden (BY)	43,1	-9,7	19,0	-3,5	4,8	1,4	5,0	0,7	6,6	3,2	13,5	9,9	3,9	0,3	4,2	-2,2	77,9	8,1
285 Rottweil – Tuttlingen (BW)	38,1	-13,7	14,6	-2,9	4,8	0,8	10,2	2,8	13,5	7,1	13,9	8,1	0,9	0,0	3,9	-2,3	76,3	4,3
292 Biberach (BW)	43,1	-13,2	12,7	-2,1	4,6	1,2	11,3	2,2	11,0	6,1	12,5	8,2	0,9	-0,3	3,9	-2,2	78,9	4,5
031 Mittellems (NI)	49,4	-6,7	23,5	-2,6	4,6	1,5	6,0	0,6	9,1	4,9	5,4	2,9	0,1	0,0	1,9	-0,6	78,1	3,4
254 Donau-Ries (BY)	43,3	-12,2	13,8	-2,8	4,6	1,3	6,9	0,9	9,2	4,7	14,7	10,5	3,5	0,4	4,1	-2,7	77,5	8,5
234 Schwandorf (BY)	41,4	-13,3	16,2	-3,2	4,6	1,3	4,5	0,3	6,6	3,2	17,4	14,1	5,1	0,2	4,2	-2,7	75,3	9,9
230 Rottal-Inn (BY)	42,7	-16,1	12,8	-2,3	4,5	1,8	5,2	0,3	9,1	5,0	16,5	12,9	3,8	0,3	5,4	-1,9	73,8	9,9
032 Cloppenburg – Vechta (NI)	53,1	-10,1	17,8	-2,0	4,4	1,6	5,1	0,8	9,4	4,8	8,1	5,7	0,3	-0,2	1,9	-0,6	74,4	3,3
231 Straubing (BY)	41,9	-15,9	13,7	-2,4	4,4	1,4	4,6	0,6	8,0	3,8	18,4	14,4	4,2	0,4	4,9	-2,4	74,8	10,6
126 Borken II (NW)	47,0	-6,4	21,5	-4,1	4,2	0,5	5,9	-0,2	13,1	7,9	6,0	3,3	0,4	0,2	2,0	-1,1	79,1	2,9
30 ²⁹⁹ höchste Anteile (Summe)	25,6	-9,1	14,5	-4,7	20,0	-3,7	7,1	-0,1	7,5	5,0	18,5	13,2	0,9	0,0	5,8	-0,5	73,1	5,6
30 ²⁹⁹ niedrigste Anteile (Summe)	41,0	-12,0	14,8	-3,6	4,9	1,5	8,8	1,5	10,9	5,8	13,0	8,5	2,4	0,2	4,3	-1,8	78,0	6,7
Durchschnitt Region	32,9	-8,6	20,5	-5,2	9,2	0,6	8,9	0,5	10,7	6,0	12,6	7,9	1,0	0,0	4,0	-1,2	76,2	4,6

Wkr 3.02 Ergebnis Zweitstimmen der BTW '17 im Vergleich zur BTW '13 in den Wahlkreisen in Deutschland
30 Berichtsgebiete mit den positivsten und negativsten Veränderungen der Linken

Wahlkreise	Union		SPD		Linke		Grüne		FDP		AfD		FW		Sonstige		Wahlbeteiligung	
	B17ZB17Z-B13Z																	
019 Hamburg-Altona (HH)	24,9	-4,5	20,5	-9,3	15,7	4,9	17,9	1,4	11,2	5,7	5,5	2,3	0,2	0,0	4,1	-0,5	78,5	4,2
244 Nürnberg-Nord (BY)	27,6	-7,1	18,2	-8,6	11,7	4,6	15,1	1,8	10,6	5,2	10,0	5,5	1,3	-0,2	5,6	-1,1	76,1	7,3
054 Bremen I (HB)	26,0	-4,3	24,4	-8,7	14,2	4,1	12,7	-1,3	10,2	6,3	8,5	5,0	0,3	0,0	3,8	-1,2	74,3	2,4
082 Berlin-Neukölln (BE)	22,3	-6,7	19,5	-6,8	18,3	4,1	13,1	-0,8	7,7	4,7	11,1	6,9	0,2	-0,3	7,8	-1,1	71,0	2,5
042 Stadt Hannover II (NI)	24,4	-5,5	25,6	-9,0	12,0	4,0	14,9	-0,6	10,0	5,7	7,6	4,2	0,2	0,0	5,2	1,2	77,0	3,9
297 Saarouis (SL)	33,6	-6,4	27,0	-3,7	12,9	3,9	5,5	0,2	7,7	4,0	9,8	4,7	0,8	0,1	2,8	-2,7	77,3	4,3
018 Hamburg-Mitte (HH)	23,5	-3,3	24,0	-9,7	15,0	3,9	14,4	0,8	9,3	5,4	8,0	3,7	0,4	0,1	5,5	-0,9	72,2	7,1
020 Hamburg-Eimsbüttel (HH)	26,9	-4,1	22,2	-9,2	12,4	3,9	17,0	1,4	11,3	6,1	5,9	2,2	0,2	-0,1	4,0	-0,3	81,1	5,7
219 München-Süd (BY)	29,8	-8,0	16,2	-7,8	8,7	3,9	17,4	3,4	13,3	6,3	8,6	4,0	1,2	-0,5	4,8	-1,2	78,6	7,1
220 München-West/Mitte (BY)	29,8	-7,2	15,9	-7,8	8,6	3,8	18,5	2,9	13,7	6,3	7,7	3,5	1,0	-0,4	4,8	-1,2	80,2	7,4
129 Münster (NW)	32,8	-5,1	20,9	-6,3	10,1	3,8	14,6	-0,6	13,5	6,7	4,9	2,0	0,1	0,0	3,0	-0,7	82,3	3,2
094 Köln II (NW)	28,5	-7,0	19,5	-6,8	10,7	3,8	15,5	-0,1	17,1	9,0	5,1	1,8	0,2	0,0	3,4	-0,7	82,2	3,2
217 München-Nord (BY)	28,8	-8,0	16,6	-8,1	8,3	3,7	16,9	3,2	15,1	6,9	8,6	4,0	1,1	-0,3	4,5	-1,5	76,7	7,6
179 Wiesbaden (HE)	29,0	-9,7	21,2	-6,6	9,5	3,6	11,8	0,1	13,3	6,5	11,2	6,2	0,7	0,2	3,4	-0,2	73,8	4,0
183 Frankfurt am Main II (HE)	26,8	-7,1	19,6	-6,7	11,7	3,6	15,5	0,1	14,3	7,3	8,0	3,2	0,4	-0,2	3,7	-0,1	77,0	4,1
271 Karlsruhe-Stadt (BW)	27,9	-9,7	16,9	-5,9	9,6	3,6	18,3	3,3	11,9	5,9	10,4	4,8	0,4	-0,1	4,7	-1,9	77,5	4,6
095 Köln III (NW)	24,4	-6,2	24,6	-6,9	12,8	3,6	14,0	-0,9	11,3	6,8	7,8	4,6	0,2	-0,1	4,8	-1,0	74,0	3,8
186 Darmstadt (HE)	27,4	-7,5	22,4	-6,1	10,3	3,5	14,3	0,1	11,0	5,9	9,8	4,6	0,6	0,1	4,2	-0,7	79,4	4,1
083 Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer	13,9	-1,5	15,9	-8,1	28,6	3,5	20,4	-0,3	5,9	3,7	6,3	3,5	0,2	-0,1	8,7	-0,7	77,7	3,4
171 Marburg (HE)	30,1	-6,6	26,4	-7,0	10,2	3,4	9,3	-1,2	8,7	4,7	11,5	6,9	0,7	0,2	3,2	-0,3	77,7	6,8
252 Augsburg-Stadt (BY)	31,8	-11,8	15,9	-6,3	9,0	3,4	12,4	1,8	10,0	5,3	13,8	8,4	1,5	0,0	5,7	-0,8	72,8	8,7
005 Kiel (SH)	26,6	-3,6	23,9	-10,8	10,3	3,4	17,2	3,2	11,6	6,3	6,9	3,2	0,4	0,0	3,0	-1,7	74,0	2,7
281 Freiburg (BW)	28,1	-7,3	17,5	-4,6	11,2	3,4	21,2	1,3	9,3	4,5	7,9	4,0	0,3	-0,1	4,5	-1,2	81,4	4,7
039 Stadt Osnabrück (NI)	35,7	-7,3	24,7	-5,8	8,4	3,3	12,1	1,2	9,5	5,3	6,3	3,6	0,2	-0,1	3,0	-0,3	77,4	3,8
218 München-Ost (BY)	31,5	-8,0	15,9	-7,4	7,6	3,3	16,1	3,2	14,7	6,5	8,6	3,9	1,1	-0,4	4,5	-1,1	78,1	6,8
296 Saarbrücken (SL)	28,5	-4,9	26,4	-4,7	14,9	3,2	8,1	0,2	8,1	3,6	9,7	4,9	0,7	0,1	3,7	-2,5	73,8	4,3
096 Bonn (NW)	29,8	-6,5	20,2	-5,8	9,6	3,2	14,1	0,4	15,7	7,4	7,3	3,1	0,2	0,1	3,2	-1,8	79,3	2,0
242 Erlangen (BY)	35,6	-6,1	17,4	-7,0	7,5	3,2	13,5	2,0	10,2	4,6	9,5	5,3	2,2	-0,5	4,2	-1,5	82,2	6,9
245 Nürnberg-Süd (BY)	31,2	-9,3	21,0	-7,5	8,9	3,1	9,3	1,2	8,6	4,3	14,3	9,5	1,7	-0,1	5,2	-1,2	72,7	7,1
251 Würzburg (BY)	37,2	-7,7	17,7	-4,9	7,1	3,1	13,0	1,4	10,3	5,2	8,7	4,8	1,4	-0,3	4,6	-1,5	81,3	7,8

Wkr 3.02 Ergebnis Zweitstimmen der BTW '17 im Vergleich zur BTW '13 in den Wahlkreisen in Deutschland
30 Berichtsgebiete mit den positivsten und negativsten Veränderungen der Linken

Wahlkreise	Union		SPD		Linke		Grüne		FDP		AfD		FW		Sonstige		Wahlbeteiligung	
	B17ZB17Z-B13Z																	
068 Harz (ST)	33,6	-9,9	16,2	-2,6	17,7	-5,2	3,5	-0,1	7,0	4,7	16,9	13,1	1,2	0,4	4,0	-0,5	66,6	7,7
154 Leipzig-Land (SN)	30,1	-15,7	11,4	-3,8	14,7	-5,3	3,2	0,0	8,1	5,2	26,9	20,5	1,0	0,0	4,7	-0,8	74,9	6,1
164 Erzgebirgskreis I (SN)	31,0	-15,1	9,4	-3,3	14,1	-5,3	2,2	-0,3	7,4	3,7	29,2	21,6	1,4	-0,2	5,2	-1,3	75,5	5,9
086 Berlin-Lichtenberg (BE)	18,6	-4,5	14,8	-5,6	29,3	-5,3	6,8	0,9	5,3	3,7	16,7	11,3	0,4	-0,2	8,2	-0,3	72,6	5,2
069 Magdeburg (ST)	27,7	-9,7	17,1	-3,8	18,7	-5,3	5,3	-0,3	7,9	5,5	16,2	12,0	0,8	0,0	6,2	1,6	68,4	5,2
155 Meißen (SN)	26,1	-19,0	8,7	-3,9	13,3	-5,3	3,7	-0,3	8,7	5,0	32,9	25,8	1,0	-0,3	5,5	-2,0	76,0	5,7
057 Uckermark – Barnim I (BB)	28,3	-8,0	16,9	-5,5	18,6	-5,4	4,1	0,2	5,5	3,4	20,8	15,7	1,2	0,2	4,7	-0,6	70,3	6,2
070 Dessau – Wittenberg (ST)	31,8	-10,7	14,3	-2,8	17,3	-5,5	3,5	-0,4	7,3	4,9	20,0	14,9	1,6	0,2	4,1	-0,6	69,7	4,7
157 Görlitz (SN)	26,7	-17,4	9,3	-3,3	14,0	-5,6	2,9	-0,5	7,0	4,2	32,9	24,7	1,6	-0,1	5,6	-2,1	73,4	5,0
156 Bautzen I (SN)	27,1	-18,5	9,1	-3,1	14,2	-5,7	2,4	-0,4	7,6	4,5	32,8	25,7	1,6	-0,7	5,3	-1,7	75,4	6,0
062 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Ob	27,0	-8,0	17,6	-5,1	15,8	-5,7	4,7	0,1	7,4	4,6	21,0	14,7	1,4	0,0	5,0	-0,7	75,5	4,9
063 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree (BB)	24,6	-8,8	16,5	-5,9	19,0	-5,8	4,3	0,3	6,7	4,5	22,1	15,6	1,3	0,4	5,7	-0,4	71,9	4,1
059 Märkisch-Oderland – Barnim II (BB)	25,1	-7,0	15,4	-6,5	20,7	-5,8	4,7	0,5	6,6	4,3	20,7	14,3	1,5	0,3	5,3	-0,2	75,1	5,8
151 Nordsachsen (SN)	29,4	-15,5	12,5	-2,9	14,7	-5,9	2,6	-0,3	7,9	5,2	26,9	20,7	1,1	0,0	4,9	-1,5	72,2	5,7
161 Mittelsachsen (SN)	27,7	-17,7	9,7	-3,6	14,5	-6,1	2,8	-0,5	7,8	4,3	31,2	25,0	1,0	-0,2	5,3	-1,2	74,7	5,6
064 Cottbus – Spree-Neiße (BB)	24,1	-11,6	15,2	-6,5	16,5	-6,1	3,1	-0,4	7,6	5,2	26,8	19,9	0,9	-0,2	5,7	-0,2	73,9	6,7
056 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I (B	29,7	-6,3	21,0	-4,2	16,4	-6,1	3,6	0,1	5,5	3,3	18,7	14,0	1,0	0,2	4,0	-1,0	68,3	4,7
066 Altmark (ST)	32,8	-9,3	17,0	-2,0	18,5	-6,1	3,3	0,0	7,1	5,0	16,8	13,2	0,8	0,1	3,6	-0,9	67,1	4,5
065 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II (BB)	27,7	-11,8	15,4	-4,4	15,5	-6,2	2,6	-0,1	6,7	4,2	25,2	19,3	1,7	0,8	5,1	-1,7	73,2	6,4
060 Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittel	28,2	-5,9	20,7	-5,6	16,6	-6,3	4,2	0,4	6,5	4,2	17,9	13,1	1,2	0,4	4,8	-0,4	69,9	5,0
192 Gotha – Ilm-Kreis (TH)	27,8	-10,4	14,0	-3,1	15,7	-6,4	3,7	-0,9	7,7	5,3	24,1	16,6	1,8	0,3	5,2	-1,4	74,7	5,9
085 Berlin-Marzahn-Hellersdorf (BE)	20,9	-5,1	14,5	-4,7	26,1	-6,8	4,1	0,2	5,3	3,6	21,6	15,3	0,7	0,1	6,9	-2,5	69,3	4,1
190 Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-	30,0	-10,1	14,4	-2,6	15,6	-6,9	3,5	-0,6	7,2	4,7	22,3	17,2	2,0	0,1	5,0	-1,7	73,3	6,2
189 Eichsfeld – Nordhausen – Kyffhäuserkreis (T	33,8	-9,7	13,9	-1,4	14,5	-7,2	3,1	-0,7	7,7	5,0	21,1	16,0	1,4	-0,2	4,6	-1,8	73,1	5,5
073 Burgenland – Saalekreis (ST)	29,9	-12,9	13,2	-3,1	16,3	-7,5	2,6	-0,5	7,8	5,1	24,6	20,3	1,3	-0,1	4,2	-1,4	68,5	6,9
194 Gera – Greiz – Altenburger Land (TH)	27,3	-12,5	11,4	-2,9	17,4	-7,6	2,7	-0,8	8,2	5,6	27,1	19,5	1,4	0,5	4,4	-1,8	73,5	5,9
195 Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis –	28,1	-10,1	12,0	-3,2	16,6	-7,8	3,0	-1,0	7,8	5,2	25,8	18,6	1,9	0,5	4,8	-2,2	75,0	5,9
071 Anhalt (ST)	30,7	-10,9	13,9	-2,9	17,8	-7,8	2,4	-0,2	7,5	4,9	22,2	17,4	1,5	0,2	4,1	-0,7	65,9	6,5
196 Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburgh	30,3	-9,1	13,6	-2,8	16,9	-8,3	3,3	-0,5	6,7	4,3	23,0	17,9	1,7	0,3	4,4	-1,8	72,6	6,4
074 Mansfeld (ST)	28,8	-12,4	14,4	-2,8	17,3	-8,4	2,4	-0,4	8,1	5,2	23,9	19,8	0,8	-0,2	4,2	-0,8	67,7	6,7
30²⁹⁹ positivste Differenzen	28,5	-6,5	20,5	-7,1	11,5	3,6	14,6	1,0	11,3	5,8	8,5	4,4	0,7	-0,1	4,4	-1,0	77,3	5,0
30²⁹⁹ negativste Differenzen	28,1	-11,2	14,0	-3,8	17,1	-6,3	3,5	-0,2	7,2	4,6	23,8	17,9	1,3	0,1	5,0	-1,1	72,0	5,7
Durchschnitt Region	32,9	-8,6	20,5	-5,2	9,2	0,6	8,9	0,5	10,7	6,0	12,6	7,9	1,0	0,0	4,0	-1,2	76,2	4,6

Bundestagswahl 2017

infratest dimap Wahlanalyse

CDU/CSU

Unterstützung in Bevölkerungsgruppen

Gesamt	Beruf / Tätigkeit
18-24 J. 24 -7	Arbeiter 25 -10
25-34 26 -11	Angestellte 31 -9
35-44 30 -10	Beamte 36 -8
45-59 31 -7	Selbständige 36 -13
60+ 40 -9	Rentner 41 -8
Frauen 36 -8	Arbeitslose 20 -4
18-24 J. 26 -7	Splitting CDU/CSU-Wähler* gaben Erststimme an...
25-34 29 -10	
35-44 33 -9	
45-59 34 -6	
60+ 43 -9	
Männer 30 -9	CDU/CSU 87
18-24 J. 22 -7	SPD 5
25-34 24 -12	FDP 3
35-44 28 -11	Andere 6
45-59 29 -7	<small>* laut Zweitstimme</small>
60+ 37 -8	Entscheidungszeitpunkt
Bildung	CDU/CSU-Wähler entschieden sich...
hoch 31 -10	am Wahltag 11 13
mittel 33 -9	letzte Tage 13 18
niedrig 38 -8	letzte Wochen 20 23
Persönliche wirtschaftliche Lage	früher 55 45
Zufriedene 35	<small>früher = vor längerer Zeit / wähle immer gleich</small>
Unzufriedene 18	

Wahlmotive

CDU/CSU-Wahl aus...	Ges.
Überzeugung 78	63
Enttäuschung 15	30
CDU/CSU-Wahl aufgrund...	
Spitzenkandidat(in) 38	+0
Sachlösungen 38	+1
Bindung 23	+1
CDU/CSU-Wahl, weil...	
bevorzugte Partei 84	75
taktische Wahl 10	19

Nächste Bundesregierung

Koalition finde ich gut	Ges.
CDU/CSU-geführte Koalition mit..	
...SPD 56	39
...Grünen 33	25
...FDP 55	35
...Grünen, FDP 31	23
SPD-geführte Koalition mit ...	
...Linken, Grünen 4	25
...Grünen, FDP 6	19

Ges. = alle Wähler

Anteile in % Differenzen zu 2013 in %Pkt.

Bundestagswahl 2017

infratest dimap WahlANALYSE

SPD

Unterstützung in Bevölkerungsgruppen

Gesamt	Beruf / Tätigkeit
18-24 J.	Arbeiter
25-34	Angestellte
35-44	Beamte
45-59	Selbständige
60+	Rentner
Frauen	Arbeitslose
18-24 J.	
25-34	
35-44	
45-59	
60+	
Männer	
18-24 J.	
25-34	
35-44	
45-59	
60+	
Bildung	
hoch	
mittel	
niedrig	
Persönliche wirtschaftliche Lage	
Zufriedene	
Unzufriedene	

Splitting

SPD-Wähler* gaben Erststimme an...
SPD
Grüne
CDU/CSU
Andere

Entscheidungszeitpunkt

SPD-Wähler entschieden sich...
am Wahltag
letzte Tage
letzte Wochen
früher

Wahlmotive

SPD-Wahl aus...	Ges.
Überzeugung	65
Enttäuschung	28
SPD-Wahl aufgrund...	
Spitzenkandidat(in)	22
Sachlösungen	55
Bindung	22
SPD-Wahl, w eil...	
bevorzugte Partei	79
taktische Wahl	16

Nächste Bundesregierung

Koalition finde ich gut	Ges.
CDU/CSU-geführte Koalition mit...	
...SPD	53
...Grünen	17
...FDP	11
...Grünen, FDP	11
SPD-geführte Koalition mit ...	
...Linken, Grünen	42
...Grünen, FDP	37

Ges. = alle Wähler
Anteile in %, Differenzen zu 2013 in %Pkt.

Bundestagswahl 2017

infratest dimap WahlANALYSE

Grüne

Unterstützung in Bevölkerungsgruppen

Gesamt	Beruf / Tätigkeit
18-24 J.	Arbeiter
25-34	Angestellte
35-44	Beamte
45-59	Selbständige
60+	Rentner
Frauen	Arbeitslose
18-24 J.	
25-34	
35-44	
45-59	
60+	
Männer	
18-24 J.	
25-34	
35-44	
45-59	
60+	
Bildung	
hoch	
mittel	
niedrig	
Persönliche wirtschaftliche Lage	
Zufriedene	
Unzufriedene	

Splitting

Grünen-Wähler* gaben Erststimme an...
Grüne
SPD
CDU/CSU
Andere

Entscheidungszeitpunkt

Grünen-Wähler entschieden sich...
am Wahltag
letzte Tage
letzte Wochen
früher

früher = vor längerer Zeit / wähle immer gleich

Wahlmotive

Grünen-Wahl aus...	Ges.
Überzeugung	63
Enttäuschung	30
Grünen-Wahl aufgrund...	
Spitzenkandidat(in)	11
Sachlösungen	18
Bindung	19
Grünen-Wahl, weil...	
bevorzugte Partei	75
taktische Wahl	26

Nächste Bundesregierung

Koalition finde ich gut	Ges.
CDU/CSU-geführte Koalition mit...	
...SPD	39
...Grünen	25
...FDP	35
...Grünen, FDP	23
SPD-geführte Koalition mit...	
...Linken, Grünen	25
...Grünen, FDP	19

Ges. = alle Wähler

Anteile in % Differenzen zu 2013 in %Pkt.

Bundestagswahl 2017

infratest dimap WahlANALYSE

FDP

Unterstützung in Bevölkerungsgruppen

Gesamt	Beruf / Tätigkeit	FDP-Wähler* gaben Erststimme an...
18-24 J.	Arbeiter	FDP
25-34	Angestellte	CDU/CSU
35-44	Beamte	SPD
45-59	Selbständige	Andere
60+	Rentner	
Frauen	Arbeitslose	
18-24 J.		
25-34		
35-44		
45-59		
60+		
Männer		
18-24 J.		
25-34		
35-44		
45-59		
60+		
Bildung		
hoch		
mittel		
niedrig		
Persönliche wirtschaftliche Lage		
Zufriedene		
Unzufriedene		

Splitting

FDP-Wähler* gaben Erststimme an...
FDP
CDU/CSU
SPD
Andere

Entscheidungszeitpunkt

FDP-Wähler entschieden sich...
am Wahltag
letzte Tage
letzte Wochen
früher

Wahlmotive

FDP-Wahl aus...	Ges.
Überzeugung	61
Enttäuschung	32
FDP-Wahl aufgrund...	
Spitzenkandidat(in)	25
Sachlösungen	63
Bindung	11
FDP-Wahl, weil...	
bevorzugte Partei	57
taktische Wahl	39

Nächste Bundesregierung

Koalition finde ich gut	Ges.
CDU/CSU-geführte Koalition mit...	
...SPD	24
...Grünen	18
...FDP	79
...Grünen, FDP	42
SPD-geführte Koalition mit...	
...Linken, Grünen	5
...Grünen, FDP	19

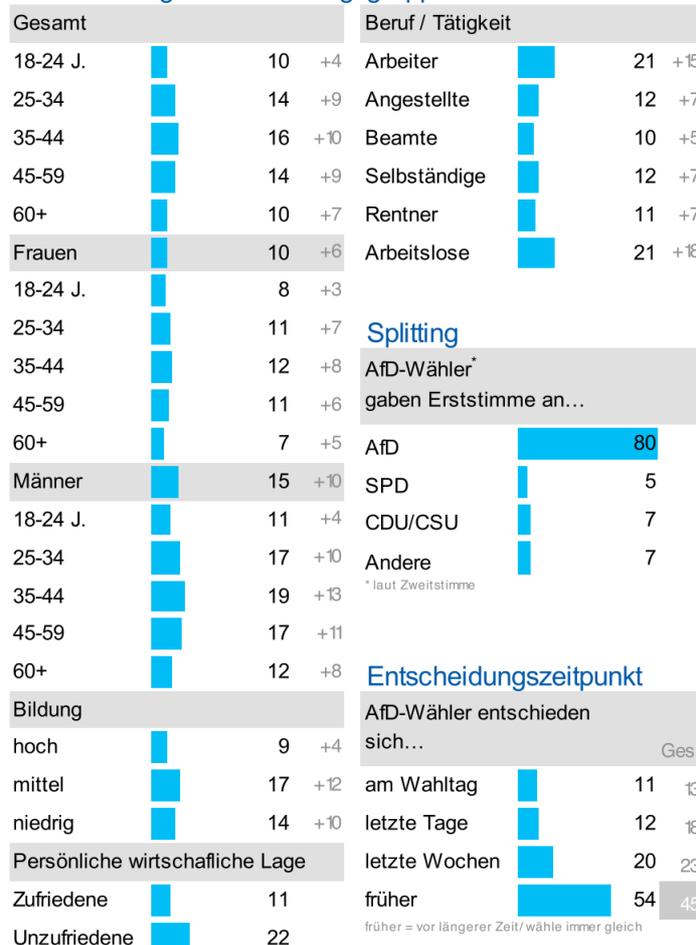
Ges. = alle Wähler
Anteile in % Differenzen zu 2013 in %Pkt.

Bundestagswahl 2017

infratest dimap WahliANALYSE

AfD

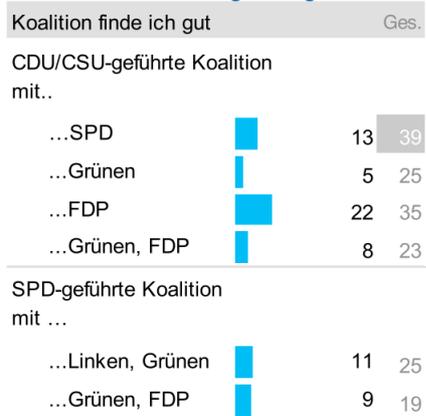
Unterstützung in Bevölkerungsgruppen



Wahlmotive



Nächste Bundesregierung



Ges. = alle Wähler
Anteile in %, Differenzen zu 2013 in %Pkt.